

Volksmacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 41.

Bielefeld, Donnerstag, 18. Februar 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Sozialdemokratie und Reichsfinanzreform.

1. Der Artikelschreiber der „Kölnischen Volkszeitung“, der, wie den Lesern der „Volksmacht“ bekannt ist, vor einigen Tagen von einem „Umschlag der Sozialdemokratie“ zu Gunsten der Vandalenrolle zu berichten wußte, hat mit seinen Versuchen, die Haltung der Sozialdemokratie in den Kreisen der katholischen Arbeiter und kleinen Leute in Zweifel zu ziehen, kein Glück gehabt. Aus Arbeiterkreisen geht der „Kölnischen Volkszeitung“ ein Artikel zu, in dem die Ausführungen des in Rede stehenden Aufsatzes nicht nur als unrichtig, sondern auch als den Abwehrkampf der Arbeiter schädigend bezeichnet werden. Die Zeitschrift bekämpft ganz offen, daß sich die christlichen Arbeiter durch ihre Abwehr der geplanten Erhöhung des Gewerbesteuerbetrags ebenfalls einer „Stärkung der Gründe für Annahme der Regierungsvorlage“ schuldig gemacht hätten, wenn die Behauptungen in dem ersten Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ und die gezogenen Schlussfolgerungen richtig wären. Eine scharfe Zurückweisung erfährt der Verfasser dieses Artikels dann noch durch die Bemerkung, daß, wenn er aus der Kampfesstellung der Interessenten gegen einen höheren Zoll folgert, daß damit die Vandalenrolle begünstigt oder gefördert werde, man annehmen müsse, daß er die Artikel des Genossen v. Elm und die Veröffentlichungen anderer Steuergegner nicht gelesen habe. Für einen Unterrichteten seien die beliebigen Schlussfolgerungen nicht möglich gewesen.

Das sind harte Worte, über die der Artikelschreiber nicht sonderlich erfreut sein wird. Wir vermögen uns jedoch der Annahme, als ob ein Unwissender der „Kölnischen Volkszeitung“ berichtet habe, die Sozialdemokratie vollziehe einen Umschlag zugunsten der Vandalenrolle, nicht anzuschließen. Die „Kölnische Volkszeitung“ ist ein zu verbreitetes Blatt, nimmt eine viel zu hervorragende Stellung im Zentrum ein, als daß man ihr zu trauen könnte, daß sie sich Berichte über aktuelle politische Tagesfragen von unwissenden Leuten schreiben lassen würde. Und dann dürfte doch auch der Redaktion des Blattes die Haltung der Sozialdemokratie so genau bekannt sein, daß sie ohne Bemerkungen den Artikel ihres „unwissenden“ Mitarbeiters nicht hätte passieren lassen dürfen, wenn sie nicht eine bestimmte Absicht damit verfolgt hätte.

Bestand diese Absicht darin, die Sozialdemokratie bei den christlichen Tabakarbeitern zu verächtlichen, dann ist der Versuch, wie die Zeitschrift des christlichen Arbeiters beweist, glänzend vorübergegangen. Wir meinen aber, daß der Artikel ein — allerdings recht plumper — Versuch war, gerade das Zentrum im voraus zu entschuldigen, wenn es bei der Beschlußfassung über die einzelnen Steuerprojekte zur Reichsfinanzreform für eine Erhöhung des Gewerbesteuerbetrags zur Rechtfertigung wird. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß Zentrum und Konfervative sich bemühen, sich auszusöhnen. Und wird der Kuhhandel zwischen den liberalen und konservativen Blockführern in der Frage der direkten Reichsteuern nicht perfekt, geht an dieser Stelle der Block zugrunde, dann macht irgend ein Nachfolger Wilh. die Reichsfinanzreform mit dem Zentrum und der Rechten und zwar durch eine Vermehrung oder Erhöhung der indirekten Steuern. „Der kluge Mann baut vor“ — und wenn man beiseite darauf hinweist, daß die Steuer in dieser oder jener Form kommen wird, dann ist später sicherlich die Erregung nicht so groß! Das ungefähre wird der Gehalt der Artikel des Artikelschreibers gewesen sein, der in Ermangelung eines anderen Sündenbogens — nun die Sozialdemokratie verantwortlich machen will, wenn die Vandalenrolle neue Freunde gewinnt.

Oder sollte von diesen Vorgängen der Artikelschreiber ebenfalls nichts wissen? Sei dem, wie ihm wolle — einer ehrlichen Kampfesweise entspricht es keineswegs, die entschiedenste Gegnerin aller indirekten Steuern, die entschlossenste Kämpferin gegen jede neue Belastung des Tabakgewerbes als Begünstigerin eben dieser Belastung zu verächtlichen.

Ein agrarischer Vorstoß.

Die bestehenden Grenzsperrn und Zölle genügen den Agrariern noch immer nicht. Zwar sind durch die agrarische Gesetzgebung die Preise für Vieh, Fleisch, Brot und sonstige Lebensmittel kolossal gesteigert worden, aber es gibt immer noch Produkte der Landwirtschaft und Viehzucht, für die die Konsumenten höhere Preise erzielen möchten. So sind beispielsweise Milch, Rahm, Butter, Käse und Eier den Drahtziehern des Bundes der Landwirte noch viel zu billig. Wiederholt haben auf der Tagesordnung des Reichstags Petitionen gestanden, in denen Maßnahmen zur Preissteigerung für Milch und Butter gefordert wurden. Daß wir keinen Rahmzoll haben, ist den Agrariern ein unerträgliches Gebot.

Nun sind für lange Jahre die Zölle durch die Handelsverträge gebunden. An eine Erhöhung der Zölle kann während dieser Zeit ebenso wenig gedacht werden, wie an die Neueinführung von Zöllen. Dieser den Agrariern so unerträgliche Zustand wird aller Voraussicht nach bald ein Ende erreichen. Denn nicht alle Angelegenheiten, so wird das deutsche Volk binnen kurzer Zeit mit einem Geleise beglückt werden, das in den Händen einer von den Agrariern gegängelten Regierung

von schier unabsehbarer Gemeingefährlichkeit werden kann.

Es handelt sich um das neue Viehseuchengesetz, dessen große Bedeutung von der Masse der Bevölkerung bisher nicht erkannt worden ist. Das Gesetz enthält zunächst Bestimmungen über die Viehseuchenkämpfung, die dem Stande unserer hochentwickelten Veterinärwissenschaft entsprechend, wohl geeignet erscheinen, den Seuchen Einhalt zu gebieten und die Verschleppung nach Möglichkeit hintanzubehalten. Diesen Vorschriften stimmen wir Sozialdemokraten rückhaltlos zu. Wir wollen dem Volke gesundes Fleisch sichern und haben demgemäß auch das größte Interesse daran, das Vieh gesund zu erhalten und die Landwirtschaft vor Schädigung durch Seuchen zu schützen. Das Viehseuchengesetz enthält aber Bestimmungen, die weit über das hinausgehen, was sein eigentlicher Zweck sein soll.

Nach der ersten Lesung der Vorlage vor Jahresfrist wurde das Gesetz einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Gegen Ende des Jahres war die erste Lesung in der Kommission beendet, nachdem diese Abänderungsanträge, von allen Parteien gestellt, teils abgelehnt, teils angenommen worden waren. In der letzten Sitzung schied das Gesetz die Agrarier von den Kosten für die Ausführung des Gesetzes und die zu zahlenden Entschädigungen usw. sich nach Möglichkeit drücken. In der Regierungsvorlage hieß es:

§ 58.

Die Bestimmungen darüber:
1. von wem die Entschädigung zu gewähren und wie dieselbe aufzubringen ist;
2. wie die Entschädigung im einzelnen Falle zu ermitteln und festzustellen ist;
sind von den einzelnen Staaten zu treffen.

Die in dieser Hinsicht in den Einzelstaaten bereits bestehenden Vorschriften bleiben unberührt.

Die Agrarier, die in der Kommission die große Mehrheit haben, da alle bürgerlichen Parteien ihre landwirtschaftlichen Sachverständigen, will sagen: Interessenten, geschickt hatten, gaben dem § 58 aber die Fassung:

„Die Kosten der Entschädigung sind aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Der landwirtschaftlichen Regelung bleibt vorbehalten, Bestimmungen darüber zu treffen:

1. von wem die Entschädigung zu gewähren und wie dieselbe aufzubringen ist;
2. wie die Entschädigung im einzelnen Falle zu ermitteln und festzustellen ist.

Werden von den Besitzern der betreffenden Tiergattungen Beiträge erhoben, so dürfen diese insgesamt die Hälfte der Gesamtsumme der jährlichen Entschädigungen nicht übersteigen. Sofern in den Einzelstaaten bereits bestehende Bestimmungen günstiger sind, bleiben diese unberührt.“

Von den Regierungsvorlegern wurde erklärt, daß diese Bestimmung unannehmbar sei. Inzwischen ist aber hinter den Kulissen gefubhandelt worden. Die Vertreter des Bundes der Landwirte haben mit den Regierungsvorlegern verhandelt — Dr. Köpcke beispielsweise auch mit dem preussischen Finanzminister v. Rheinbaben — und das Resultat ist, daß nach monatelangem Kaufieren die Viehseuchen-Kommission am 16. d. M. die zweite Lesung der Vorlage begonnen hat.

So wichtig auch die Kostenfrage für die gesamte Bevölkerung ist, viel wichtiger noch sind einige Bestimmungen, die den Agrariern die Möglichkeit verschaffen werden, die wahnwitzigste Preistreiberi zu veranstalten. Es kommen dafür vornehmlich die Paragraphen in Betracht:

§ 6. Die Einfuhr von Tieren, die an einer übertragbaren Seuche leiden, und von verdächtigen Tieren (§ 1 Abs. 4), ist verboten. Dasselbe gilt für die Kadaver und Teile von Tieren, die an einer übertragbaren Seuche erkrankt sind oder zur Zeit des Todes an einer solchen Seuche gelitten haben oder seuchenverdächtig gewesen sind, endlich für Gegenstände jeder Art, von denen nach den Umständen des Falles anzunehmen ist, daß sie die Träger des Ansteckungsstoffes sind.

§ 6a. Zum Schutze gegen die Gefahr der Einschleppung von übertragbaren Seuchen der Haustiere aus dem Ausland kann der Verkehr mit Tieren im Grenzbezirke solchen Bestimmungen unterworfen werden, die geeignet sind, im Falle der Einschleppung einer Weiterverbreitung der Seuche vorzubeugen. Die Bestimmungen sind, soweit erforderlich, auch auf tierische Erzeugnisse und Rohstoffe, sowie auf solche Gegenstände auszudehnen, die Träger von Ansteckungsstoffen sein können. Auch kann für die Grenzbezirke eine Revision des vorhandenen Viehbestandes und eine regelmäßige Kontrolle über den Ab- und Zugang von Vieh angeordnet werden.

Die vorstehenden Bestimmungen können nur erlassen werden, sofern Einfuhrverbote oder ihnen entsprechende Beschränkungen gemäß § 7 dem angrenzenden Auslande gegenüber erlassen sind.

§ 7. Wenn in dem Auslande eine übertragbare Seuche der Tiere in einem für den inländischen Viehbestand bedrohlichen Umfange herrscht oder ausbricht, so kann die Einfuhr lebender oder toter Tiere, tierischer Erzeugnisse oder Rohstoffe, sowie von Gegenständen, die Träger des Ansteckungsstoffes sein können, aus dem von der Seuche heimgeführten Auslande allgemein oder für bestimmte Grenzstrichen verboten oder solchen Beschränkungen unterworfen werden, die die Gefahr einer Einschleppung ausschließen oder vermindern.

Wir behaupten nicht mehr und nicht weniger, als daß unter entsprechender Anwendung dieser Paragraphen die Agrarier jedes Nahrungsmittel von der Einfuhr abschließen, also im Preise willkürlich steigern können. Man lese zunächst, was die Regierung in ihrer Begründung zu dem offenbar von deutschen Landwirtschaftsrat verlangten Geleisewort zu den oben angeführten Bestimmungen sagt:

„Selbstverständlich erfordert die an einem bestimmten Punkte auftretende oder von einer bestimmten Seite her drohende Seuchengefahr je nach dem Charakter dieser Gefahr und der in Betracht kommenden Seuche besondere Schutzmaßnahmen. Aber solche repressiven Maßnahmen genügen nicht gegenüber der starken Steigerung des Viehverkehrs und der dadurch hervorgerufenen allgemeinen und ständigen Gefahr der Seuchenverschleppung. Die Veterinärpolizei muß auch präventive Befugnisse haben, um gegen das nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte stets von irgendwoher zu erwartende Anstehen einer bestimmten noch gar nicht nachweisbaren Seuchengefahr gerüstet zu sein.“

Das heißt: da eine „noch nicht nachweisbare Seuche“ stets von irgendwoher droht, so ist es selbstverständlich, daß man die dänische resp. holländische oder jede andere Grenze sperrt, wenn der Bund der Landwirte höhere Preise für Milch, Butter und Eier und sonstige Produkte wünscht.

Was unter tierischen Erzeugnissen und „austauschenden Gegenständen“ zu verstehen ist, hat die Reichsregierung in ihrer Denkschrift zu dem Viehseuchengesetz wenigstens schättern angedeutet. „Für das Einfuhrverbot kämen demnach tierische Rohstoffe, wie Fleisch, Knochen, Häute, Hörner, Hufe, Klauen, Haare, Wolle, Federn; ferner tierische Erzeugnisse, wie Milch, Dünge, und als „austauschende Gegenstände“ z. B. Futtermittel (Rohfutter, Körner, Rüben, Kaff, Kleie, Wehl), Streumaterialien, Geschirrtteile, Stallgeräte, getragene Kleider, Lumpen und dergleichen, in Betracht.“

Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder haben den energigsten Kampf gegen diese Bestimmungen geführt — vergeblich! Es kann nicht bezweifelt werden, daß gerade diese Bestimmungen den Agrariern als die wertvollsten erscheinen. Bei den Auseinandersetzungen ist denn auch, wie es unser fraktionsredner schon im Plenum vorausgesehen hatte, kein Zweifel mehr darüber gelassen worden, daß gegebenenfalls alles von der Einfuhr ausgeschlossen werden kann, wenn von — „irgendwoher“ — eine noch gar nicht nachweisbare Seuche zu drohen scheint — „vorausichtlich ausbricht“, nicht etwa: „ausgebrochen ist!“

Um nur ein drastisches Moment aus den Kommissionsverhandlungen anzuführen: es wurde ganz ernsthaft über die Frage gestritten, ob Eier gegebenenfalls als „tierische Erzeugnisse“ oder aber als „austauschende Gegenstände“ — denen an der Schale Kleime anhaften könnten! — von der Einfuhr ausgeschlossen werden müßten!

Die Gemeingefährlichkeit der geschilderten Bestimmungen tritt geradezu plastisch in ihre Erscheinung, wenn wir uns vergegenwärtigen, was bei uns eingeführt wird an solchen Produkten, die in erster Linie der Grenzsperrung wegen, „irgendwoher“ drohenden Seuchen unterliegen würden. Wir führen nur einige Beispiele an:

Es wurden u. a. eingeführt im Jahre 1907:

	für 148 864 000 Mark
Kleie	22 737 000
Wolle	207 551 000
Häute aller Art	40 268 000
Gänse, Hühner	149 707 000
Eier	5 174 000
Küchliche Milch	13 690 000
Rahm	83 100 000
Butter	

Man male sich aus, wie alle diese Produkte ungeheuerlich im Preise steigen müßten, wenn ihre Einfuhr auch nur teilweise auf Grund des neuen Viehseuchengesetzes unterbunden werden sollte!

In Krieg, Arbeitslosigkeit, neuen Verbrauchssteuern also noch neue agrarische Preistreiberi! So lebt man im glücklichen Zeitalter des Blocks!

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Gegen die Straßendemonstrationen. Die parteipolitische „Konservative Korrespondenz“ verlangt die energische Unterdrückung aller nicht genehmigten Straßenaufzüge und — wo solche genehmigt werden — eine strenge polizeiliche Kontrolle. Der Polizei wird ziemlich unerbötlich der Vorwurf gemacht, daß sie ihre Pflicht nicht getan habe, denn einzelne Demonstrationen hätten ungehindert 5–9 Kilometer weit marschieren können. Das führe zu unbeherrschten Zuständen. Die „Konservative Korrespondenz“ überläßt dabei, daß die Polizei gar keine Zeit hatte, denn sie mußte „Unter den Linden“ die Straße für den Königseinzug frei halten. An „autem Willen“ hat es der Berliner Polizei wirklich nie gefehlt.

Die Neutralität der evangelischen Arbeitervereine. Der „Evangelische Arbeiterbote“, Zentralorgan des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands, spricht sich in seiner Nr. 6 über die Haltung der evangelischen Arbeitervereine zur Politik aus. Dabei vernehmen wir, daß die evangelischen Arbeitervereine nach Wesen und Kraxis parteipolitisch neutrale Organisationen sind; sie könnten nichts anderes sein, weil die Vereinbarkeit der politischen Parteistellung ihrer Mitglieder eine andere Stellungnahme nicht zulasse. Dann heißt es:

„Nun sind die historischen Parteiverhältnisse in den verschiedenen Wahlkreisen Ursache, daß die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder einmal zur Gefolgschaft dieser, ein andermal zur Gefolgschaft jener politischen Partei sich bekennen. Dennoch wird die neutrale Stellung der Vereine an sich nicht davon berührt, selbst wenn je nach Umständen die Stellungnahme des Vereins erfolgt. Allerdings ist eine Verbindung mit politischen Parteien zum Kampfe gegen andere bürgerliche Parteien unbedingt verwerflich, im Kampfe aller bürgerlichen Volkskreise gegen die Sozialdemokratie dagegen können und müssen die evangelischen Arbeitervereine dem Vordereitenden angehören.“

Man sieht daraus, was es mit der parteipolitischen „Neutralität“ der evangelischen Arbeitervereine auf sich hat. „Neutral“ den bürgerlichen Parteien gegenüber, um dafür desto eifriger gegen die Sozialdemokratie kämpfen zu können. Genau wie die Kriegervereine, die bekanntlich auch politisch „neutral“ sind, aber den Kampf gegen die Sozialdemokratie als ihre heiligste Pflicht betrachten.

Angefallte der Hamburg-Amerika-Linie wegen Schmuggels verhaftet. New York, 17. Februar. Vor dem Kommissar der Bundesbehörde Shields standen mehrere Angefallte des Dampfers „Kronprinzessin Cecilie“ der Hamburg-Amerika-Linie, die sich der Drogen- und Schmuggelschuld gemacht hatten. Die Beschuldigten gaben an, daß sie Mengen von Codein an einen Drogisten verkauft hätten. Sie hätten nichts dabei gefunden, da die Stewards der großen Amerika-Dampfer das gleiche Geschäft zu machen pflegten. Da die Angefallten die geforderte Bürgschaft von 3000 Dollar nicht zu stellen vermochten, wurden sie verhaftet und nach Tomba Orison gebracht.

Ein trauriger Fall von Ausweisung wird aus Fürstentum an der Spree gemeldet. Dort war der schon ältere russische Staatsangehörige Feilenhauer Ignaz Brilinski in einer Dampfseilerfabrik beschäftigt, als er plötzlich von der Arbeitsstelle weg verhaftet und nach Russland abgehoben wurde. Man ließ ihm nicht einmal Zeit, seine Verhältnisse zu ordnen und von

seiner Familie — einer Frau und zwei erwachsenen Töchtern — Abschied zu nehmen. Dabei hat man nicht einmal einen Anhaltspunkt dafür, warum eigentlich die Ausweisung erfolgt. Britinski ist vor 22 Jahren nach Deutschland gekommen; seine Frau ist eine Deutsche. Überall erstreckt er sich der größten Beliebtheit. Er ist auch nicht durch gewerkschaftliche und politische Betätigung hervorgetreten, so daß man tatsächlich in ihm nur wieder ein Opfer preussischer Ausweisungspolitik sehen muß.

Wahlrechtsreform im Herzogtum Sachsen-Altenburg. Dem altenburgischen Landtage ist eine Novelle zur Änderung des Wahlrechts vorgelegt, die die Abgeordnetenzahl von 30 auf 22 erhöht. Es kommen zwei Wahlbezirke der Höchstbesteuerten in Betracht; dieser Wahlbezirk verbleiben künftig nur noch sieben Bezirke. Dagegen erhalten die Handelskammer, Handelskammer, Landwirtschaftskammer und die künftige zu bildende Arbeiterkammer je einen Abgeordneten im Landtag.

Protest gegen die Erhöhung der Telefongebühren. Gegen die Verteuerung des Telefonverkehrs steht in der Berliner Gesellschaftswelt eine umfassende Protestbewegung ein. Wenn die Ablichtung wahr gemacht werden sollte, den Gehehenswürdigkeit gleichzeitig mit dem Postetat zu verhandeln, dann wäre eine gründliche Untersuchung der Telefongebühren mit dem ganzen Haufen von Wünschen, Anträgen und Anregungen, die beim Postetat zu kommen pflegen, vermengt werden würde. Das ist aber offenbar gerade die Absicht des Staatssekretärs Krause. Soll die Vorlage einfach behandelt werden, so ist ihre Lösung vom Postetat erforderlich.

Wilhelm II. und Präsident Kallias. Die „Wiener Allg. Ztg.“ weiß zu melden, daß die wiederholte angelegte Begegnung der Kaiserin mit dem Präsidenten Kallias im nächsten Sommer erfolgen werde. Von den deutschen Blättern, die diese Meldung übernehmen, wird sie sehr ungünstig aufgenommen.

Dieser ist gar keine Ursache vorhanden. Wenn Onkel Eduard mit Frankreichs Präsidenten zusammen war, warum sollte Wilhelm dies nicht tun? Und die Welt soll nur nicht denken, daß Onkel Eduard allein Einreisepolitik treiben kann.

Die Reichstagswahl im Kreise Bingen-Alsace hat folgenden Resultat ergeben: Kroll (Frei.) 8100, Uebel (Ztr.) 6509, Weder (nat.) 5790, Wörling (Soz.) 1540. Das Resultat ist zwar noch nicht vollständig, sicher ist aber, daß Stichwahl zwischen Kroll und Uebel stattfinden muß. Die Hoffnung der Nationalliberalen, den Reichstagsabgeordneten Dr. Weder in die Stichwahl zu bringen, ist somit gescheitert.

Ein Sieg der Junker über Bülow auf der politischen Hinterbühne. Berlin, 17. Febr. Zur heutigen Sitzung des Deutschen Reichstages ist im Herrenhaus erschienen, wie angekündigt, heute 10½ Uhr der Kaiser. Der Monarch, der die Uniform der Jäger zu Pferde trug, wurde am Portal vom Präsidenten des Herrenhauses, Czerning v. Manteuffel, dem Minister v. Bethmann-Hollweg und dem Landwirtschaftsminister empfangen und nach dem Plenarsaal geleitet. In der Begleitung des Monarchen befand sich auch der Herzog von Mecklenburg.

Es ist durchaus möglich, daß diese demonstrative Kundgebung Wilhelms II. für die Agrarier sich gegen Bülow richtet.

Aus dem Landtag.

Die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die Regierung zu ersuchen, zur Hebung der jüngsten Hochwasserbeschwerden, soweit sie nach der wirtschaftlichen Lage der Betroffenen von diesen nicht getragen werden können, Staatsmittel durch Gewährung von nicht rückzahlbaren Unterstufungen oder zinsfreien Darlehen bereitzustellen.“

Aus dem Reichstag.

Die Budgetkommission legte am Dienstag die Beratung des Etats für Südafrika fort. Bei dem Gehalt des Gouverneurs entwickelte sich eine lange Generaldebatte über die Selbstverwaltung in den Kolonien, die Verhältnisse der Beamten und die Aufstellung des Ombudsmannes. Die Selbstverwaltungsbewegung, die eine Statistik auf Selbstverwaltung darstellt, wird von den Vertretern der bürgerlichen Parteien meist anerkannt.

Die Urlandschätze sieht sich zu einem, hauptsächlich von den Nationalliberalen und dem Abg. Wendt geführten Vorstoß gegen die Gouverneure, die sich alljährlich mehrere Monate in der Heimat aufhalten, zu. — In der Ombudsfrage gibt der Staatssekretär Fernburg umfangreiche Aufschlüsse über die bisher getroffenen Maßnahmen. Nach dieser Darstellung sei alles getan, um ernsthafte Verordnungen mit den Ombudsmännern zu vermeiden. Trotzdem findet er keine Unterstützung dafür, daß es die Kolonialverwaltung übernahm, die Ombudsmänner aufzustellen. Man fürchtet allgemein und nicht mit Unrecht, daß dieser Schritt zu einer Neuauflage der Hotentotten- und Hereroskandale führen werde.

Es wurden verschiedene Anträge eingebracht, die bezwecken: die Aufhebung des Ombudsmannes einerseits in gewissen Grenzen zu halten und andererseits dieselbe vom Bau einer Bahn abhängig zu machen.

Die Abstimmung über die Anträge wird ausgesetzt, da sich die Mitglieder der Kommission erst mit ihren Fraktionen in Verbindung setzen müssen.

Die Sitzung der Geschäftsbordungs-Kommission vom 16. Februar verlief resultatlos. Nachdem die von der Redaktionskommission aufgestellten Resultate der ersten Lesung Genehmigung fanden, weigerte sich die Mehrheit der Kommission, in die zweite Lesung einzutreten, angeblich, weil die Druckfachen zu spät zur Verteilung gelangt seien, so daß eine Niederschreibung der Kommissionsmitglieder mit ihren Fraktionen nicht habe stattfinden können. — Die Kommission vertagte sich bis Freitag, den 26. Februar.

Aus der Viehschau-Kommission. Nach monatelanger Pause hat am Dienstag vormittag die Viehschaukommission zum ersten Male wieder getagt, um mit der zweiten Beratung zu beginnen. Die große Pause war die Folge von Differenzen zwischen der agrarischen Mehrheit und den verbündeten Regierungen. Die Agrarier sind einverstanden mit allen Maßnahmen, die ihnen nützlich erscheinen, verlangen hohe Entschädigungen für getötetes oder gefallenes Vieh, wollen selbst aber — beides wie immer — möglichst wenige Beiträge leisten.

Für tuberkulöses Vieh, das auf behördliche Anordnung getötet worden ist, will die Regierung 25 Prozent gewähren, während die Agrarier — wie für Vieh, das wegen Maul- und Klauenseuche getötet wird — 50 Prozent verlangen. In stundenlangen Verhandlungen vertreten die sozialdemokratischen Mitglieder ihren Antrag, der folgendermaßen lautet:

„§ 50. Die Bestimmung darüber: 1. von wem die Entschädigung zu gewähren und wie sie aufzubringen ist, 2. wie die Entschädigung im einzelnen Falle zu ermitteln und festzustellen ist, wird durch ein Gesetz getroffen, das die obligatorische Viehversicherung einführt und gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft tritt.“

Die Agrarier wollen die zu gewährende Prozenthöhe von Reichswegen festsetzen, aber die Frage: „Woher nehmen?“ den Einzelstaaten überlassen. Scheidemann verbotete, von Stolle kräftig unterstützt, die offenbar hinter den Kulissen stattgehabten Verhandlungen zwischen Regierung und Agrariern. Weiter hätte nichts gefehlt, als der neue, von freimännlicher Seite eingebrachte Subventionsvorschlag, statt den von den Regierungen konzedierten 25 Prozent und den von den Agrariern verlangten 50 Prozent nurmehr 33½ Prozent zu gewähren. Die Verhandlungen wurden dann abgebrochen; die nächste Sitzung soll am Freitag mit den Abstimmungen über die strittigen Paragraphen beginnen.

Wirkung einer Tabakzollerhöhung.

Angesichts der Tatsache, daß in einzelnen Fraktionen des Deutschen Reichstages Stimmung für eine Zollerhöhung vorhanden ist, wird im Geschäftsbericht der Tabakarbeitergenossenschaft für das Jahr 1908 unterlucht, welche Wirkung eine Zollerhöhung auf die Genossenschaft haben würde. Wollte man den von der Regierung gewünschten Mehretrag aus dem Tabak herausheben, müßten Tabakzoll und Zinssteuer mindestens verdoppelt werden. Bei dem eintretenden Konsumrückgang würde eine Zoll- und Steuererhöhung um das Doppelte nicht einmal ausreichen, so daß die Belastung der Tabakarbeitergenossenschaft durch Zoll- und Zinssteuer dann auch keine geringere wäre, als bei der Vandalensteuer.

Ueber die Wirkung einer Verdoppelung von Zoll und Steuer äußert sich die Tabakarbeitergenossenschaft in ihrem Geschäftsbericht wie folgt:

Nach genossenschaftlichen Standpunkt aus, und der sich nicht vollständig mit dem der Mehrheit der Konsumenten, halten wir den Ausbau des bisherigen Zoll- und Steuerrechts für genau so verwerflich wie die Vandalensteuer.

Schon bei den heutigen Zoll- und Steuerhöhen beträgt die Belastung der 4-, 5- und 6-Pia-Zigarre 10 bis 11½ Prozent, während die 20-Pia-Zigarre nur noch mit 3½ Prozent belastet ist; jede Zollerhöhung vergrößert diese Differenz zugunsten der Käufer der teureren Sorten.

Bei einer Verdoppelung des heutigen Zolls würden die Käufer der billigeren Sorten — also Arbeiter und kleine Leute — 23 Prozent vom Verkaufspreis an Zoll, die der teureren Fabrikate — die Reichen, die Besitzenden, die tragfähigen Schultern — nur 6,8 Prozent bezahlen müssen.

Angesichts dieser Tatsache kann die Schwärmerei für höhere Zölle keinen Teil von Angehörigen der beiden Klassen und einiger Großfabrikanten, welche einen erheblichen Abstieg in teuren Sorten haben, nur als nackte Interessenpolitik bezeichnet werden.

Gegen eine Zollerhöhung müssen wir uns aber noch aus einem anderen Grunde mit aller Entschiedenheit wenden. Das Verstreuen unserer Genossenschaft war stets, den Konsumenten ein gutes, preiswertes Fabrikat zu bieten; eine Zollerhöhung würde aber bewirken, daß die Schundfabrikation noch mehr, als bisher schon jetzt der Fall ist, begünstigt würde. Die Käufer haben meistens keine Ahnung davon, was alles sie mit diesen billigen Schundzigaretten in die Luft qualmen. Da wird nicht nur „Reich Vaterland“ verwandelt — man läßt die Tabakkippen mahlen und schneiden und stopft dieses Zeug als Tabak in Zigaretten hinein; man stellt aus Tabakkippen ein Surrogat her, vermischt dasselbe mit Papier, Stoffen und fabriziert daraus unter dem nötigen Zusatz von Farbe ein braunes papierneß Umblatt. Die herabgesetzten Zigaretten schmecken und riechen gerade nicht schön, aber sie qualmen doch — vor allem sind sie aber fabelhaft billig; mit den dafür geforderten Preisen kann kein anständiger Fabrikant konkurrieren.

Die Hersteller dieser billigen Fabrikate aber zahlen selbstverständlich auch die erbärmlichsten Löhne — Löhne, welche mit den von der Genossenschaft für ihre billigen Sorten gezahlten um 5 bis 6 Mk. pro 1000 Zigaretten differieren.

Nach den Feststellungen der Tabak-Veruensgenossenschaft pro 1907 betrug der Durchschnittspreis eines Zigarettenfabrikats für ganz Deutschland 603 Mk., während derselbe für unsere Betriebe nach unten hin 163 Mk. betrug. Die Feststellungen für die Veruensgenossenschaft 1017 Mk., mithin um 69 Prozent höher war, als der allgemeine Durchschnittspreis.

Wollte man keine Schundware liefern und keine Hungerlöhne zahlen, können wir den Konsumenten die 4-Pia-Zigaretten schon heute nicht zu den billigen Preisen der Konkurrenz liefern; bei einer Zollerhöhung würde für uns die Herstellung der 4-Pia-Zigaretten überhaupt unmöglich sein, bei einer erheblichen Zollerhöhung könnten wir nicht einmal die 5-Pia-Zigarette mehr herstellen.

Jede Zollerhöhung verschärft aber noch die Konkurrenz aller bestehenden Fabrikanten, welche ihre Waren im Ausland herstellen lassen oder an „freie“ Arbeiter Auswanderer zahlen, welche zu niedrigen Löhnen Haus- und Heimarbeit beschäftigen und ihren Sortieren und Fertigmachern in der Fabrik kaum die Hälfte der Löhne zahlen, welche die Genossenschaft zahlt.

Jede Zollerhöhung bedeutet eine Stärkung der Position der Fabrikanten im Konkurrenzkampf, die unter solchen menschenunwürdigen Umständen Arbeiter beschäftigen, bedeutet Verarmung der Haus- und Heimarbeit, bedeutet fortgesetzten Lohnbrand für die Arbeiter.

Wie soll die Genossenschaft dem bei einer Zollerhöhung entstehenden wilden Konkurrenzkampf bestehen? Die Genossenschaft zahlt die von der Generalität festgesetzten Löhne, die Genossenschaft hat in Sodenheim im letzten Jahre eine neue Fabrik erbauen lassen, in welcher nach den Ausmessungen durch die Fabrikinspektion zu den in der alten Fabrik zu beschäftigenden 160 Personen noch weitere 258 Personen beschäftigt werden können. Was hygienische Einrichtungen, die Höhe der Räume, die Ableitung schlechter Luft, die Zuführung reiner, gesunder Luft, die Wasserversorgung, Bad- und Garderobenräume betrifft, ist unsere Fabrik jedenfalls als musterhaft in jeder Beziehung zu bezeichnen; Fabrikanten, die sich den Versuch um sanitäre Einrichtungen für ihre Arbeiter führen, die in der Haus- und Heimindustrie arbeiten lassen und dadurch die nicht unerheblichen Kosten solcher Fabrikanlagen sparen, sind der Genossenschaft gegenüber natürlich im Vorteil.

Die Geschäftsbilanz der Tabakarbeitergenossenschaft erhöhtet im übrigen die Tatsache, daß bei den nun schon seit Jahren auf dem Tabakmarkt obwaltenden Verhältnissen, bei den hohen Preisen, namentlich für Sumatra-Deckblatt, in Betrieben, in welchen die Arbeiter anständige Löhne erhalten, keine Seide mehr zu spinnen ist.

Der Reingewinn der Tabakarbeitergenossenschaft, der im Jahre 1907 31 623 Mk. betrug, ist im Jahre 1908 auf 20 659 Mk. zurückgegangen — trotz des um 10 Prozent gesteigerten Umsatzes und trotzdem, daß im Jahre 1908 die Löhne nicht höher waren als 1907 und die Arbeitslöhne ebenfalls nicht erhöht wurden.

Der minimale Gewinn dieses genossenschaftlichen Unternehmens, der keineswegs einem einzelnen Kapitalisten zufließt, beweist, daß die Genossenschaft außerstande ist, auch nur die geringste steuerliche Mehrbelastung aus eigenen Mitteln zu tragen; da sie als Genossenschaft nun keinesfalls den Ausfall aus den Löhnen der Arbeiter decken kann, müßte, entsprechend der Mehrausgabe für Zoll und Steuer, der Preis der Waren erhöht werden. Dies aber würde ohne Zweifel zu einem Konsumrückgang und daraus resultierender Entlassung von Arbeitern führen. Mit der fortschreitenden Entwicklung der Genossenschaft ist es möglich geworden, einer immer größeren Zahl von Arbeitern — dieselbe beschäftigt heute in ihren Betrieben circa 500 Arbeiter — eine etwas bessere Existenz als in Privatbetrieben zu schaffen. Die Zustimmung des Reichstages auch nur zu der geringsten Mehrbelastung des Tabaks würde hier also am schwersten die Arbeiter treffen.

Wenn sich also schon bei diesem Genossenschaftsbetriebe die Vandalensteuer als eine Zollerhöhung als eine schwere Schädigung der Arbeiter erweist, um wieviel mehr wird dies der Fall sein in Privatbetrieben, in welchen die Unternehmer unter allen Umständen die steuerliche Mehrbelastung zu einem großen Teil auf die Verarmung der Arbeitslöhne zu decken bestrebt sein werden, was denselben bei der eintretenden übergroßen Arbeitslosigkeit den dann um so mehrfachen Tabakarbeitern gegenüber am besten gelingen mag.

Die Nachschsteuer und der Sozialismus.

Natürlich war es ein Professor, der endlich das schlagende Argument gegen die Nachschsteuer gefunden hat! Professor Richard Ehrenberg veröffentlicht im „Tag“ einen Artikel, der ihm gewiß einen Berg von Ehren einbringen wird, denn die Agrarier müssen ihm dankbar sein; mit diesen „wissenschaftlichen Beweisen“ werden sie die Nachschsteuer gewiß unannehmbar machen. Professor Ehrenberg hat nämlich den — sozialisti-

schen Charakter der Nachschsteuer entdeckt! Prinzipal obstat! ruft der Professor aus, und schreibt, die Enteignung im nationalen Interesse und eine Nachschsteuer von Kindern, begründet mit einem „Erbrechte des Reiches“ — das geht zu weit. Er seien Sozialen einer Seite, die an den Abgrund führe, Stufen einer Entwicklung, die man nicht überleben und später auch nicht mehr beherrschen könnte. Von allen Seiten drohten schon neue soziale Revolutionen, die man bisher nicht klar als solche habe zu erkennen vermocht. Jetzt erkenne man sie und sage: „Wir tun nicht mehr mit.“ Wir verwerfen die Ausdehnung der Nachschsteuer auf Kinder, obwohl sie in anderen Ländern besteht. Wir würden sie bewilligen, wenn sie nicht von den Sozialisten der Tribüne und des Rathes ausdrücklich sozialistisch begründet würde. Aber jetzt bewilligen wir sie nicht.

In Frankreich, das so ziemlich die miserabelste Form der Besteuerung hat, ist der Versuch, eine bescheidene Einkommensteuer einzuführen, immer als ein Schritt zum Sozialismus belächelt worden, und dabei wurde noch nicht einmal das verlangt, was z. B. von Preußen längst durchgeführt ist. Wenn nun bei uns gegen die sehr bescheidene Nachschsteuer das rote Geheiß beschworen wird, so zeigt das nur, wie ganz hoffnungslos es ist, vernünftig klingende Gründe gegen die Nachschsteuer zu finden, Gründe, die das wirkliche Ablehnungsmotiv, den brutalen Egoismus der Junker, einigermaßen zu verschleiern geeignet sind.

Der biedere Professor bemerkt aber zu seinem Trost, daß eine starke Reaktion gegen den übertriebenen Sozialismus sich bemerkbar zu machen beginne. Der Verfasser erklärt, früher habe er selbst sich beispielsweise für Arbeiterkammern ausgesprochen; jetzt sei er außerstande, dies zu tun; denn jetzt seien Regierung und Reichstag, Verwaltung und Rechtsprechung keine genügenden Schutzwehren mehr gegen sozialistischen Mißbrauch solcher Einrichtungen. Der doktrinaire Sozialismus führende Schichten des deutschen Volkes habe uns in die jetzige Lage gebracht. Das gelte nicht nur von der Finanzkrise, sondern auch von ganz anderen Tatsachenreihen.

„Wenn der Reich“ — so führt der Verfasser aus — „wie es sich gehört, stark befeuert werden muß, so ist es eine Unrechtigkeit und Torheit, gleichzeitig seinen politischen Einfluß immer mehr zu schwächen. Im Reiche haben die Nichtbesitzenden, dank dem Wahlrecht, das Recht bereits in Händen. Jetzt gerät man auch in den Einzelstaaten das unentgeltliche Gegenrecht gegen die Herrschaft des Demos, und die Regierungen scheinen dieser Strömung zum Teil widerstandslos nachzugeben. Ein Vorgang, so unbegreiflich nach allen geschichtlichen Erfahrungen, daß er sich nur erklären läßt aus dem Einflusse der Massenagitation, die durch den unaufhörlichen Reklam auch die Regierungen einschüchtert oder narzotisiert. Überall im Volksleben entsprechen einander doch sonst Rechte und Pflichten nach Möglichkeit. Hier dagegen gibt man dem einen Teil Rechte und befreit ihn von den entsprechenden Pflichten, während man dem anderen Teil die Rechte nimmt und ihm neue schwere Pflichten auferlegt. . . . Die Besitzenden wollen dem Kaiser geben, was dem Kaiser gebührt. Aber sie wollen nicht fortwährend als der Bedrängte Verdrängte behandelt werden, und sie wollen einen entgeltlichen Einfluß ausüben, wie sie befeuert werden. Das ist ein uralter Rechtsgrund, der auf die Dauer nie ungeachtet verlegt worden ist. Bei uns aber werden jetzt die Besitzenden befeuert von den Nichtbesitzenden, von den Männern „ohne Ar und Palm“, vor allem ohne genügende Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, des Volkslebens und Volksempfindens.“

So die „wissenschaftliche“ Begründung der Junkerhaft einerseits, der Ablehnung einer Reichssteuer andererseits. Wir greifen nicht daran, daß Prof. Ehrenberg, der heute schon die „Kreuzzeitung“ als Autorität ihren Lesern vorstellt, im Junkerstaat eine glänzende Karriere machen wird. Der Mann würde nach erhaltenem Auftrag innerhalb vierundzwanzig Stunden auch den wissenschaftlichen Nachweis aus den Fingern schütteln, daß das Heil des Reiches und des Volkes von einem neuen Sozialistengeheiß mit Todesstrafe für die Führer und Lebenslanger Zwangsarbeit auf öffentlichen Gütern für die Mitglieder der sozialistischen Partei abhängt.

Kohlenpreismäßigungen in Frankreich und das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat.

Ki. Seit 1½ Jahren haben die französischen Beiden mehrfach Ermäßigungen der Kohlenpreise einzuweisen lassen, die letzte Preisherabsetzung erfolgte in dieser Woche und zwar ist der Preis für Hausbrandkohlen um zwei Franken herabgesetzt worden. Wurden die Kohlenpreise in allen Ländern mit Ausnahme Deutschlands lange den verhältnismäßig hohen Preisen der Industrie anhaft, so ist die Preispolitik der nordrheinischen Gruben noch von besonderem Interesse, da ihre wiederholten und beträchtlichen Preisherabsetzungen durch die billigen Auslandserzeugnisse des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats förmlich erzwungen wurden. Erst vor wenigen Wochen konnte festgestellt werden, daß das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat Kohlen mit 6,60 Mk. nach Nord-Frankreich verkauft habe, während die deutschen Verbraucher für dieselben Sorten 12,25 Mk. zu zahlen haben. Doch nicht nur durch die direkten Verkäufe des Syndikats nach Nord-Frankreich werden die französischen Beiden zu diesen Preis-Nachlässen gezwungen, durch die Verkleinerung des Syndikats auf den belgischen Märkten wird ein starkes belgisches Angebot, da die einheimischen Beiden gegen die deutschen Preisunterbietungen nicht konkurrieren können, nach Frankreich gedrängt. In demselben Augenblick, in dem die nord-französischen Gruben ihre letzte Preisermäßigung und die Ursache dafür anzeigten, unternahm es das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat in einer Reihe deutscher Zeitungen seine Preis-schleudereien nach dem Auslande zu verteidigen. Die Hand-langer der Syndikatsherren haben die Unerschrockenheit, zu behaupten, daß die billigen Auslandsverkäufe nur durch die Frachteminderungsverhältnisse bedingt sind, die für das Ausland billiger sind, als für den Versand nach einzelnen deutschen Gebieten, während andererseits das Syndikat auf weiten Gebieten, in Hannover, Mitteldeutschland und Ostdeutschland aus gleichen Gründen der englischen Konkurrenz nicht erfolgreich entgegenzutreten könne. Nun ist es einmal eitel Schwindel, daß die Differenz der Preise des Syndikats im Inlande und Auslande sich auf der Höhe des Frachteminderungsverhältnisses hält, aber selbst wenn das Ausland deutsche Kohlen nur um den durch die Frachteminderungsverhältnisse bedingten Preis erhielte, ergäbe sich daraus noch kein Umstand, der das Festhalten des Syndikats an den höchsten Höchstpreisen rechtfertigen könnte. Der Erlösung des Syndikats, daß seine Auslandsverkäufe lediglich unter dem Einfluß der Tarifpolitik der Eisenbahnverwaltungen stehen, muß der preussische Fiskus umgehend die einzig mögliche Antwort erteilen werden lassen. Dem Kohlenyndikat sind bekanntlich sehr billige Ausfuhrtarife ausgestellt, von denen nur wenige unter dem Einfluß der Anlage gegen den Preiswucher des Syndikats im Inlande und den Preis-schleudereien nach dem Auslande zurückgezogen wurden. Ermöglichen diese Ausfuhrtarife, daß Nord-Frankreich deutsche Kohle zur Hälfte des Inlandspreises bezieht — nach der Behauptung des Syndikats lediglich auf Grund der billigen Tarife, — dann wäre es ein Verbrechen, diese Ausfuhrtarife auch nur einen Tag länger zu gewähren. Bei den verächtlichen Auslands-vertäufen des Syndikats ist die Gewährung von billigen Ausfuhrtarifen an sich ein wirtschaftlicher und politischer Stand, der preussische Fiskus macht sich auch dadurch dauernd um Witschuldigen an der Schädigung nationaler Interessen zugunsten des Auslandes. Die Folgen dieses preussisch-industriellen Treibens mehrten sich von Tag zu Tag, jetzt sieht sich die Handels-kammer zu Vieselsfeld (wie ja den Lesern der „Volksmacht“ bereits bekannt ist). Red.) an, ein gemeinsames Vorgehen der Kohlenverbraucher ihres Bezirks zu organisieren, um Kohlen-lieferungsverträge mit außerhalb des Syndikats stehenden Beiden abzuschließen. Es kann sich schließlich dabei nur darum handeln, dem Vorgehen des Verbandes süddeutscher Industrieller zu folgen, also Kohlen, vom Auslande zu beziehen. Die Handels-kammer handelt zweifellos im Interesse ihrer Mitglieder und in der Notwehr gegen den Syndikatsterror, den Schaden aber

haben in erster Reihe es die preussische S

Der Bergbau.

Die Vertreter haben am Montag demontierten Bergarbeiter schick gefaßt, der i von Arbeiterkontrollen führung als den verpreußliche Vergewaltigung schlagene Einrichtu die bisherige Art i ausgezeichnet erfüllt privaten, sondern i ein beschämendes P ihre bisherige Tätig stelle Kontrollen, der wissenschaftlich ausdrücken können nicht. Höchstens i Verwirrung.

Noch größer sind Disziplin auf der andauernde Demuntrolle der — selbst Arbeiterkontrollen wiederkehrende Dar-kontrollen nicht können: das muß na Grube untergraben.

Auch das Veran nicht geklärt, sonder der letzten Jahrzeh Aufschlußorgane a Heberzeugung aller gefaßt das einzelne mehr das Bewußt weniger leisten dürf.

Nach unserer U neue Institution de daher als berufene baus für verpflichtet daß eine so verhäng getroffen wird, und für die icher unab.

Der gewaltige S den allerhöchsten gewaltige Stärkung ganisation durch di fahren müßte. Die alle diejenigen Arb-trädischen Organisati gefamte untere und als sicherer Ball gelten dürfte, der kontrollierte schafften gegeben ist, heißt die ob das die Aufgabe kann, darf untererle.

Möchte, nachdem jaldemokratie ein unter Parlament zu Zusammenhang, in Bergarbeiters mit baus steht, wird e die wahren Intere

Liberale Gemein meindehaushaltsplan Gemeinderat stehend handarbeiten 4000 Die liberale Mebr wie ein Gemeinder

AK

Körperbar Möbelkat Hemdent Bettkatt barchent

Ganz Ein P für Bi he

Ein Posten Läufer nur solide Q

Ein Posten Gardine la. Tüll- und

Ein Posten Scheibe darunter die t

Principia obata
steigerung in nation-
ständern, begründet
ist zu sein. Er seien
fahre, Stufen einer
ater auch nicht me-
en schon neue so a-
lar als solche habe
und sage: „Wir un-
nehmung der Na-
n Ländern besten-
den Sozialisten der
zialistisch begründet
beste Form der Be-
e Einkommensteuer
zialismus bekämpft
das verlangt, was
Wenn nun bei
das rote Geipenit
hoffnungslos es ist,
laststeuer zu finden,
id, den brutalen
erschleichen geeignet
nem Trost, daß eine
zialismus sich be-
klärt, früher habe
ern ausgeprochen;
ht seinen Regierung
keine genügenden
brauch solcher Ein-
führer Schichten
lage gebracht. Das
auch von ganz an-
er aus —, wie es
ist es eine Unge-
politischen Einfluß
n die Nichtbeziehen-
in Händen. Jetzt
entscheidende Gegen-
d die Regierung
absolut nachzugeben,
geschichtlich. Er-
dem Einfluß der
Reichsämtern auf die
Ueberrall im Volk-
und Willkür nach
Teil Rechte und
während man dem
e schwere Willkür
dem Kaiser geben,
nicht fortwährend
en, und sie wollen
besteuert werden,
die Dauer nie un-
werden jetzt die Be-
den den Männern
ende Kennzeichen
s und Wollstemp-
Quarierhaft einer
aneroerzeit. Wir
en heute schon die
ritell, im Qualer.
Der Mann würde
was ein Stunden
Mermela schütteln,
einem neuen So-
er und lebensläng-
für die Mitglieder

haben in erster Reihe die beteiligten Arbeiter zu tragen. So will es die preussische Sozialistengesetzgebung.

Der Vergleichen gegen die Vergleichenovelle.

Die Vertreter der sämtlichen Bergbauvereine Preußens haben am Montag zu der jetzt im preussischen Landtage behandelten Vergleichenovelle Stellung genommen und einen Entschluß gefaßt, der in folgenden Worten gipfelt: „Die Schaffung von Arbeiterkontrollen müssen wir auf Grund unserer Erfahrung als den verhängnisvollsten Schritt bezeichnen, welchen die preussische Vergleichenovelle unternehmen kann. Die vorgeschlagene Einrichtung ist sachlich schon deswegen unnötig, weil die bisherige Art der Kontrolle die ihr obliegenden Aufgaben ausgezeichnet erfüllt hat. Es hieße der Pflichterfüllung nicht nur der privaten, sondern vor allem auch der Staatsaufsichtsbeamten ein beidseitiges Zeugnis ausstellen, wenn man sagen wollte, daß ihre bisherige Tätigkeit der Kontrolle durch eigene dazu angeordnete Kontrollen aus der Reihe der Arbeiter bedürfte. Was der wissenschaftlich und praktisch hochstehende Beamte nicht sollte ausrichten können, das kann der gewöhnliche Arbeiter ganz sicher nicht. Höchstens schafft sein Mit-Gemeinreden Unsicherheit und Verwirrung.“

Noch größer sind die Schäden, welche für die Ordnung und Disziplin auf der Grube entstehen müßten. Einerseits die andauernde Beunruhigung der Betriebsbeamten, andererseits die Kontrolle der selbstständigen meist sozialdemokratischen Arbeiterkontrollen, die sich, und andererseits das immer wiederkehrende Daraufrufen der Belegschaft, durch die Arbeiterkontrollen mißliebige Beamte jederzeit schikanieren lassen zu können; das muß naturgemäß Ordnung und Disziplin auf der Grube untergraben.

Auch das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiterschaft würde nicht gefördert, sondern geschwächt werden. Schon die Einwirkung der letzten Jahrzehnte mit ihrer immer größeren Zunahme von Aufsichtsbefugnissen aller Art hat nach der übereinstimmenden Überzeugung aller zur Herabminderung des Verantwortlichkeitsgefühls des einzelnen Arbeiters geführt, da der einzelne immer mehr das Bewußtsein bekommt, daß er nunmehr entsprechend weniger leisten dürfe.

Nach unserer Überzeugung bleibt einzig für die geplante neue Institution der politische Grund übrig. Wir halten uns daher als berufene und sachverständige Vertreter des Bergbaus für verpflichtet, auf das Allerdringlichste davor zu warnen, daß eine so verhängnisvolle Maßnahme aus politischen Gründen getroffen wird, und lehnen von vornherein alle Verantwortung für die sicher unabsehbaren Folgen ab.

Der gewaltige Schaden aber würde kaum jemals oder nur mit den allerhöchsten Opfern wieder reparabel sein: d. i. die ganz gewaltige Störung, welche die Sozialdemokratie und ihre Organisation durch die Einführung der Arbeiterkontrollen erfahren müßte. Diese würde geradezu naturgemäß nicht nur alle diejenigen Arbeiter, welche bis heute noch der sozialdemokratischen Organisation sich ferngehalten haben, sondern auch die gesamte untere und mittlere Beamtenschaft, welche bisher noch als sicherer Wall gegen das Vordringen der Sozialdemokratie gelten durfte, der Sozialdemokratie ausliefern. Arbeiterkontrollen schaffen, insbesondere so, wie sie in der Novelle vorgesehen ist, heißt die Sozialdemokratie staatlich organisieren; und ob das die Aufgabe der Regierung und des Parlaments sein kann, darf untererzeit wohl unbestritten bleiben.

Möchte, nachdem die Regierung nicht vermocht hat, der Sozialdemokratie ein entschiedenes „Nein“ entgegenzusetzen, unser Parlament zu dieser Tat sich aufraffen! Bei dem engen Zusammenhang, in welchem das Wohl und Wehe jedes einzelnen Bergarbeiters mit dem Wohl und Wehe des gesamten Bergbaues steht, wird eine beratende Tat dasjenige sein, was auch die wahren Interessen der Bergarbeiter am besten vertritt.“

Kommunales.

Liberaler Gemeindepakt. Anlässlich der Beratung des Gemeindepaktplanes für die Stadt Augsburg hatten unsere im Gemeinderat sitzenden Genossen den Antrag gestellt, für Rotenburger 40 000 M. in den Etat für 1909 einzustellen. Die liberale Mehrheit lehnte diesen Antrag ab, da — wie ein Gemeindevorsteher bemerkte — durch diesen Antrag

nur dem Vagabundentum Vorlauf geleistet würde. Das gleiche Schicksal ereilte einen weiteren, von unseren Genossen gestellten Antrag, den bestehenden, gemeindlichen Arbeitsnachweis, der sächlichermaßen den Namen „Arbeitsamt“ trägt, zu einem wirklichen Arbeitsamt auszubauen, und zu diesem Zweck 10 000 M. in den Etat einzustellen. Ein Antrag, der dahin ging, die Jahresbeiträge für ein halbes Duzend sozialistischer und handwerklicher Vereine, wie „Deutscher Hüttenverein“, „Deutscher Schmelzverein“, usw. zu streichen, wurde von den liberalen Patrioten damit beantwortet, daß die Beiträge an diese Vereine verdoppelt wurden.

Die Wertzuwachssteuer ist jetzt auch in Kottbus eingeführt worden. Sie steht in der Besteuerung keinen Unterschied zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken vor, sondern erhebt gleichmäßig bei einer Wertsteigerung von 10—20 Prozent wieder 1 Prozent Steuern mehr, also 11 Prozent, und so fort, bis bei einer Wertsteigerung von 150 Prozent und mehr die Höchstgrenze von 25 Prozent Steuer erreicht ist. Die Steuerlasten kommen bei unbebauten Grundstücken stets ganz zur Erhebung, bei bebauten aber nur dann, wenn zwischen dem Tage des letzten Erwerbes und dem des neuerlichen Verkaufes weniger als zehn Jahre liegen; ist dieser Zeitraum überschritten, so werden von der Steuer — bei einer Eigentumsdauer von je einem Jahre mehr — auch je 1 Prozent in Abzug gebracht, und das bis zu 25 Proz. Als letzte Erwerbszeit, die zur Berechnung der Steuern notwendig ist, gilt der 1. April 1905.

Auch in Forst i. L. sollte die Wertzuwachssteuer eingeführt werden, wurde aber abgelehnt.

Stadtvorordnetenwahlen. Kassel, 16. Febr. Heute fand hier Stadtvorordnetenwahl in zwei Stadtteilen statt; in beiden hat unsere Stimmengabe starke Zunahme gegen 1906 aufzuweisen. Im Stadtteil Bettenhausen siegte in der dritten Klasse Genosse Steinig mit 217 Stimmen über den bürgerlichen Kandidaten, der 147 Stimmen erhielt. Im Stadtteil Rothendamm, wo viele Eisenbahner, Staats- und Privatbeamte wohnen, blieben die bürgerlichen Sieger.

Parteinachrichten.

Sozialdemokratische Reichstagskandidatur. In einer Kreisversammlung zu Dessau wurde Genosse G. S. n. e. r. Nürnberg einstimmig mit 53 Stimmen als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Dessau aufgestellt, in dem bisher Genosse Kappeler-Altenburg kandidierte.

Gewerkschaftsbewegung.

Aus den Gewerkschaften. Die Mitgliederzahl des Portefeuillerverbandes betrug am Schlusse des 4. Quartals 3542. Die durchschnittliche Beitragsleistung pro Mitglied betrug 11,47 Wochenbeiträge. Das bedeutet einen Rückgang gegenüber dem gleichen Quartal der fünf letzten Jahre, wo im Durchschnitt 12 bis 12,67 Wochenbeiträge geleistet wurden. Nur im Jahre 1902 war die Durchschnittsleistung niedriger, da aber ganz erheblich, nämlich nur 7,99 Wochenbeiträge pro Mitglied im Quartalsdurchschnitt. Der Vermögensbestand belief sich auf 158 413,67 Mark am Jahreschlusse 1908. — Der Schiffszimmereverband zählte am Schlusse des 4. Quartals 3763 Mitglieder. — Die Abrechnung des Transportarbeiterverbandes für das 3. Quartal ergab einen Mitgliederbestand von 88 830. Für Unterhaltungen außer Streikunterstützung wurden 87 256,84 Mark verausgabt, davon 34 070,36 M. für Arbeitslojen- und 27 603,81 M. für Krankenunterstützung. An Streikende wurden 4402,21 M., an Gemahregelte 8364,90 M. gezahlt. Der Verband der Hauptkassier betrug 418 347,96 M. — Der Zimmererverband zählte am Schlusse des 3. Quartals 51 038 Mitglieder. Gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres ist ein Mitgliederabgang von 4537 zu verzeichnen. Für Arbeitslojen- und Krankenunterstützung wurden 12 000 M. verausgabt. Die Streikunterstützung erforderte eine Ausgabe von 19 062,30 M., die Gemahregeltenunterstützung eine solche von 2785,44 M. Das Verbandsvermögen betrug am Schlusse des Quartals 1 640 593,96 M., davon 508 955,11 M. Kassenbestände der Hauptstellen. Die Arbeitslosigkeit im Zimmererverbande in den letzten vier Monaten des Jahres 1908 war eine ziemlich

große. Die Zählungen fanden statt am 26. September, 21. Oktober, 28. November und 24. Dezember. Sie ergaben folgendes Resultat:

Monat	Es beteiligten sich		Nicht arbeitslos waren		Arbeitslos waren wegen					
	Zahlstellen	Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder	in Prozenten	in Prozenten	in Prozenten	in Prozenten	in Prozenten	in Prozenten
September	613	47512	43803	9219	1040	2,19	57	0,12	612	5,50
Oktober	600	46025	41311	89,76	1061	2,30	64	0,14	3589	7,80
November	595	44045	37840	85,91	1263	2,87	114	0,26	4828	10,96
Dezember	414	22528	16893	74,99	541	2,40	366	1,02	4728	20,99

Die Zahlen vom Dezember sind noch nicht endgültig, sondern erst als „vorläufiges Resultat“ veröffentlicht worden. Sie lassen aber auf eine erhebliche Steigerung der Arbeitslosigkeit schließen. Im September hatten noch 92,19 Prozent der an der Erhebung Beteiligten Arbeit, im Dezember waren es nur noch 74,99 Prozent. Der Mitgliederverlust des Verbandes ist also ausschließlich auf die ungünstige Konjunktur zurückzuführen, die selbst im günstigsten Monat noch nahezu 8 Prozent Arbeitslose dem Glanz preisgab.

Die Kündigungen der Vergleichen dauern fort. Es wurde noch gekündigt auf Beche „Sieben Planeten“ 50, auf „Königsgrube“ 24, auf „Hollmond“ 60, auf „Prinz von Preußen“ 36, auf „Wiedersbach“ 20, auf „Kaiserstuhl“ 300 Vergleichen. Auf der „Königsgrube“ wurde zum 1. März 7 Leuten, die über 4 M. verdienen, ein Abzug von 20 Pfa. denen mit über 3 M. Verdienst ein Abzug von 10 Pfa. pro Wagen bzw. Schicht angekündigt. Auf Beche „Unter Krieb“ wurden gleichfalls Lohnkürzungen um 10 bis 20 Pfa. pro Schicht angekündigt. 114 Mann standen am 15. mit je 50 Pfa. am Brett wegen Forderung unreiner Kohlen.

Die amtliche Berliner Arbeitslojenzählung. Das Ergebnis der amtlichen Arbeitslojenzählung in Groß-Berlin ist folgendes: Es wurden 23 670 Arbeitslose gegen 28006 am 17. November vorigen Jahres ermittelt. Demnach hätte die Zahl der Arbeitslosen abgenommen. Dieses Resultat erklärt sich daraus, daß die große Mehrheit der Arbeitslojen es abgelehnt hat, sich an den Meldestellen einzufinden, weil die Unzulänglichkeit des Zahlverfahrens von vornherein genaue Ermittlungen ausschloß. Ganz nebenbei in einer Polemik gegen den „Vorwärts“ wegen der hohen Zahl der Arbeitslojen in Berlin bemerkt die „Tagl. Rundschau“, die städtische Zählung habe noch nicht einmal 24 000 Arbeitslose ergeben; davon entfielen etwas über 19 000 auf Berlin, die übrigen auf die Vororte. Bei aller Gefälligkeit gegen die Arbeiter steht sich das Blatt genötigt, doch hierzu zu bemerken: „Die Zahlen bleiben wohl hinter der Wirklichkeit zurück.“

Die Berliner Stultateure beschließen, den im Jahre 1905 mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarif zu kündigen.

Achtung, Stultateure! Die angekündigte Aussperrung der Stultateure in Nürnberg ist zur Wirklichkeit geworden. Freitag, den 12. Februar, wurden sämtliche Stultateure von Nürnberg und Nürnberg von dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Mittelfrankens, dem die Stadmeister Nürnbergs angehören, ausgesperrt. Durch die triviale Machtprobe werden 500 organisierte Arbeiter aufs Pflaster geworfen, weil sie sich nicht freiwillig den ihnen tariflich zustehenden Stundenlohn um 10 Pfa. kürzen lassen wollen. Kollegen allerorts, lehnt jedes Angebot nach Nürnberg ab. Dadurch werden die ausgesperrten Kollegen in Nürnberg in ihrem Kampfe gegen das prohenhafte Unternehmertum am besten unterstützt. Nebenfalls spekulieren die Unternehmer auf die durch die gegenwärtige Krise hervorgerufene Arbeitslosigkeit und glauben ihre Arbeiter durch Ausbungen zu willkürlichen Werkzeugen machen zu können. Zug nach Nürnberg ist unter allen Umständen zu vermeiden. Die Ganleitung für den Gau 11 des Zentralverbandes der Stultateure und verwandten Berufsgruppen Deutschlands.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inzeratenteil: Wilhelm Bötker, beide in Bielefeld.

Alsbergs grosser Reste-Verkauf

Ca. 15 000 Meter Reste und Coupons

Körperbarchent :. Flockpiqué :.
Möbelkattun Unterrockbarchent
Hemdentuch :. Handtuchgebild :.
Bettkattun Bettdamast Kleider-
barchent :. Rohnessel :. :. :.

Serie I

Serie II

Serie III

Serie IV

18

29

45

54

zum Aussuchen per Meter

Ganz aussergewöhnlich billig!

Ein Posten Kleiderstoff-Reste und Coupons

für Kostüme, Kinderkleider,
Blusen etc. Darunter ganz
hervorragend gute Qualitäten

zum Aussuchen
per Meter

65 und 100

Ein seltenes Angebot!

Ein Posten Schürzendruck-Fabrikreste

bestes Fabrikat, echt
indigoblau, in Längen
bis zu 3 Metern

120 cm breit
per Mtr.

39

140 cm breit
per Mtr.

48

Ein Posten

Läuferstoffreste

nur solide Qualitäten

per Meter

48 68 95

Ein Posten breite

Gardinemusterreste

la. Tüll- und Reliefqualitäten

jeder Rest

35 57

Ein Posten

Scheibengardinreste

darunter die besten Sachen

jeder Rest

25

Seltene Gelegenheit!

Ein grosser Posten

Gummituch-Fabrikreste

nur gute und allerbeste Qualitäten

Serie I

175

p. Meter

Serie II

275

p. Meter

Ein Posten kleine

Gummituch-Reste

jeder Rest

35

Ein Posten schwarze

Schürzenpanamareste

in verschiedenen Längen

per Meter

85 125

Ein Posten

Schürzensiamosenreste

in allen Längen

zu sehr billigen Preisen

Ein Posten

Sammet- und Seidenreste

vorwiegend kleine Masse

per Meter

85

991

Während unserer
grossen Verkaufstage

Neu-Auslagen!

An Wiederverkäufer
wird hiervon nichts ab-
gegeben!

Von heute ab:

Enorm billig!

Ein Posten
**Herren-
Normal-Wäsche**
Hemden — Hosen
sonst Wert bis 3.50

Jeder
Teil **1.45**

Solange Vorrat!

Sämtliche angesammelte

Reste Kleiderstoffe

darunter die elegantesten Stoffe

jedes Meter nur **75**

Sämtliche angesammelte

Reste

in Weisswaren, Baumwollwaren, Hand-
tuchgebild, Hemdentuche, Futterstoffe ::

jedes Meter **29**

Ein Posten **Russen-Kittel** in Wolle, Satin Serie **1.95** Serie **95**
und Leinen II

Enorm billig!

Ein Posten
**Kinder-
Steppdecken**
aus bestem Satin
in 4 Farben

Jede
Decke **1.25**

Solange Vorrat!

Gebrüder Kaufmann

Niedernstrasse 13.

BIELEFELD.

Niedernstrasse 13.

Stadttheater.
Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Novität! Zum 3. Male!
Simson.
Sonntags, 20. Februar 1909,
abends 7 1/2 Uhr:
Vorstellung zu kleinen Preisen.
Die Else vom Erlenhof.
Mittwoch, 24. Februar: Gastspiel des
Ballett-Ensembles Gecelstorf.

**Passage-
Theater.**

Programm v. 18. b. einschl. 20. Febr.
Eine Heroine aus dem Volke
oder
zur Zeit König Georgs.
Wunderbares Drama.
Der Motorradler.
Humoristisch.
Ein Drama auf dem Meeresgrunde.
Herrlich koloriert. 987
Scenen auf einer Schwanenfarm.
Sehr interessant.
Der Gasthof des Todes.
Aufregendes Abenteuer in den
Pyrenäen.
Als Casey Loganbruder wurde.
Humoristisch.
Peters Glück.
Erregendes Drama.
**Wie Schulze zu einem
neuen Anzug kam.**
Humoristischer Scherz.
Der Traum des Trunkenboldes.
Sehr amüsant. Koloriert.

An alle Radfahrer
richten wir die dringende Bitte, Fahrrad-Reparaturen, wie **Emallieren, Vernickeln** usw. möglichst jetzt vornehmen zu lassen. Diese lassen sich jetzt **besser und billiger** herstellen, als wie zu Beginn der Fahrzeit.
Ferner bringen wir unser großes Lager in **Fahrrädern** in empfehlende Erinnerung. Speziell in **gebrauchten Rädern** haben wir eine **große Auswahl**, welche wir wegen Platzmangel **fabelhaft billig** verkaufen. Falls Sie Bedarf hierin oder **Reparaturen** zu machen haben, wenden Sie sich vertrauensvoll an das
770

Ravensberger Fahrradhaus
Hilbert & Bertram,
Jollenbeckerstr. 90.
Erstes Spezialhaus für Fahrräder, Zubehörteile u. Reparaturen.
Achten Sie bitte genau auf Firma, Strasse u. Hausnummer.

Wer die „**Volkswacht**“ unterstützt, ist wert, auch von den Lesern und Lesern der „**Volkswacht**“ unterstützt zu werden.

Jeden Donnerstag
frisch eintreffend:

Lebendfr. Schellfisch
per Pfd. 12, 17, 23 Pfg.

ff. Bücklinge
per Kiste 115 Pfg. 983

Heinr. Hill
Bielefeld: Niederwall 5,
Reichspoststr. 10, Arndtstr. 43.
Brackwede: Kaiserstr. 58.



Sie fahren gut
mit 984

Dr. Crato's
Backpulver, Puddingpulver, Vanillezucker etc.

Nachdrücklich sei darauf aufmerksam gemacht, dass die Reinheit der Zutaten von Dr. Crato's Backpulver vollständig den Auffassungen des Reichsgesundheitsamtes entspricht.

Zugleich empfehlen wir allen Hausfrauen das von uns herausgegebene
neue Puddingpulver.

Es ist in **Kokos-, Orange- und Ingwer-Geschmack** hergestellt und ergibt bei richtiger Zubereitung die denkbar zarteste Nachspeise.

Dr. Crato & Co., Bielefeld.

Deutsche Dampffischerei-Gesellsch. „Nordsee“.	
Rablian	Pfund 15
Silbertarpfen	Pfund 35
Seeforelle	Pfund 30
Knurrhahn	Pfund 25
Bratfisch	Pfund 15
Angelschellfisch	Pfund 25 u. 30
Schellfisch im Anschnitt	Pfund 30
Rotzunge	Pfund 60
Bratfisch	Pfund 25
Grüne Serringe	Pfund 12

**Die
Neuverpachtung**
der Ländereien auf Hartlage
in Ziefer findet statt am
Montag, 22. Februar,
nachmittags 2 1/2 Uhr, auf
dem Ostbahnhof. 971

Kinematographen-Theater zur alten Post.

Nur wirklich hervorragende Darstellungen auf erstem und heiterem Gebiete hat das neue Programm aufzuweisen. Die Begleitmusik wird noch immer durch das
Niederbayerische Musik-Ensemble
dessen Leistungen allgemein anerkannt werden, ausgeführt.

„Der Ring der Rothaut“!
Ein Indianer, der gehängt werden soll, befreit sich mittels eines Revolvers, der ihm von einem Weissen gegen Herausgabe eines wertvollen Ringes überlassen wird. Aus Rache aber raubt er später die Tochter eines Farmers, die er nur gegen ein Lösegeld von 50000 Dollars wieder freigeben will. Der Vater bringt jedoch nur einen Teil des Geldes auf und das Mädchen wird aus Wut darüber von den Rothäuten auf ein wildes Pferd gebunden, in die Steppe gejagt. Da erblickt der Indianer bei dem Farmer den Ring, den er einst eintauschte, er kennt in ihm seinen damaligen Retter und lässt die Tochter unter großen Mühen dem Vater zurückgeben.

Ein Don-Juan und sein Ende.
Ein italienischer Edelmann entführt die verlobte Tochter eines Nobili, findet aber keine Gegenliebe. Sein Stallmeister, der die Arme retten will, wird von dem Unhold arg bedroht, verrät aber dafür den Aufenthalt der Dame, die ihre Angehörigen, mit dem Tode ringend, wiederfinden. Der Verlobte übt Vergeltung, indem er den Räuber seines Glückes in einen Abgrund stürzen lässt.

Wettlauf der Ammen.
Wie die verlassenen Kinder in einem Waisenhaus im Polstern nachjagen, forschend die schändlichsten Peinheitsausdrücke heraus.

Der Sonnen-Untergang.
Abendfrieden am Fluss und auf der See. Eigenartig beleuchtete prächtige Landschaften.

Piffle Bill als Retter in der Not.
Ein von Comboys entführter Gemarkter wird durch die Zwischenkunft des gefährlichen Präriejägers befreit.

Der Traum eines Trunkenen.
Drahtische Traumbilder eines Berauschten, der Himmelswolken und Höhenqualen erleidet. Die dionysischen Bilder sind herrlich koloriert.

Little Tid wider Willen.
Auf originelle Weise erlangt ein kleiner Reisender, der in einem Hotel bekehrt wird, sein Eigentum zurück.

Nr. 41.

Die Mundtot- demokratie

führte gestern, Mittwoch, unsern Genossen Adolph im Bewusstsein seines Unbesonders wohl war.

Präsident v. Kröcher ist Donnerstag 12 Uhr in Beratung des Vergegensgehe und Landwirtschafts-

Abg. Hoffmann (den Herrn Präsidentenlegung der zweiten Tagesordnung zu lesen, erledigt ist. Nach dem Abstimmung über einen Gegenprobe durch Erheben.

Die Gegenprobe und nach ein in Kommen heißt es: Bei Abstimmung Gegenprobe unzulässig.

abgelehnt. (Hört, hört, die Diskussion gegen so das die zweite Lesung ist. Am 23. November 1.

Präsident v. Kröcher schäftsordnung bekannt, Schlussantrag nicht bezug werden könne Ein Kommangebend.

Abg. Hoffmann hat sich unter dem Präsidenten, dass der Präsident, Ich bitte diejenigen wollen. (Geht.) werden um die Gegenprobe der Abg. Dr. v. Cuny

Präsident, ich möchte mich des Abgeordnetenhauses als abgelehnt gilt. (Hört, hört!) Es ist da der Schluss abgelehnt ist.

Kommentar, der nicht in Reihe ähnlicher Fälle an um zu zeigen, dass Sie handeln, wenn Sie wahr! bei den So.)

Vizepräsident Dr. B. Herr Hoffmann ausführt Präsident sagte: Ich bin müssen: Eine Gegenprobe abgelehnt. Das ist aber schlagend, dass die Diskussionen worden ist. Da Dann hat der Präsident ebenfalls ohne das Widerspruch anordnungsähnlich ange-

Abg. Hoffmann (gehehen ist, bestritte ich wie bisher die Geschäftsbin ich ein neues Mitglied annehmen, das der Vize über die er zu machen hat.

Abg. Dr. Forst: Zweifelsfreie Gegenprobe Präsident v. Kröcher ordnungsähnlich zustande zweifel. Die Gewohnheit, ist aber nicht ein schäftsordnung, und in Abstimmung bei einem gestellt werden kann.

Abg. Hoffmann (dass die bisherige Handb-

Oliver

Von C. Aus dem Engl.

53

Roß hatte das Maß keineswegs überschätzt; demitgeteilt worden, als er Verwünschungen und Opfer des vereinten Schatz zu machen gelobte und fortzusetzen und den Bei Anspruch zu nehmen. Un Vorhaben, ohne die Folgen wärtigen, ohne Zweifel gehalten worden wäre, t Brownlow, der selbst e teils durch die Gründe n zweckdienlichsten erachtete fahren zurückzubringen.

„Was ist aber zum G als sie in das Zimmer Wir sollen doch nicht all uners Danks versichern hundert Pfund als ein ge einen kleinen Beweis an Oliver annehmen?“

„Das eben nicht.“ er wir müssen beinennen und Beizunnen und vorrich die Saluten samt und f

„Es ist einerlei, zu w ften Brownlow. „Doch wir mögen sie schiden, w dadurch zum Ziele zu ge

„Zu welchem Ziele?“

„Dem einfachen Ziele, wefen sind, und ihm seine er, sofern alle vorliegend betrogen worden ist.“

„Al!“ sagte Osborne, wehend, „das hätte ich da Sie begreifen also.“

Wir denn Gutes stitten, führbar, ohne die Sichert die Abwehr dem Arm

„Das Gute, das einmal beporriert würden,“ mein

„Sehr wohl,“ erwid werden dafür seinerzeit o

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 41.

Bielefeld, Donnerstag, 18. Februar 1909.

20. Jahrg.

Die Mundtotmachung der Sozialdemokratie im Abgeordnetenhaus

fürte gestern, Mittwoch, zu einer interessanten Szene zwischen unserem Genossen Adolf Hoffmann und dem Präsidium, welchem im Bewußtsein seines Unrechts und seiner Schuld offenbar nicht besonders wohl war. Die Szene verlief folgendermaßen:

Präsid. v. Röscher schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Donnerstag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Vergeßts, dritte Lesung der Pfarverbesorgungsgeetze und Landwirtschaftsetz.

Abg. Hoffmann (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich möchte den Herrn Präsidien ersuchen, morgen zunächst die Fortsetzung der zweiten Lesung der Pfarverbesorgungsgeetze auf die Tagesordnung zu setzen, da diese geschäftsmäßig erledigt ist. Nach dem stenographischen Bericht ist bei einer Abstimmung über einen Schlußantrag die Gegenprobe nicht erfolgt. Diese Gegenprobe ist nach der Geschäftsordnung, § 58, und nach dem Kommentar dazu unzulässig. In dem Kommentar heißt es: Bei Abstimmung über einen Schlußantrag ist die Gegenprobe unzulässig. Der Antrag gilt im Zweifelsfall als abgelehnt. (Hört, hört! bei den Soz.) Danach haben Sie also die Diskussion gegen Ihre eigene Geschäftsordnung geschlossen, so daß die zweite Lesung nicht geschäftsmäßig erledigt ist. Am 23. November 1882 ist genau so verfahren worden.

Präsid. v. Röscher: Mir ist keine Bestimmung der Geschäftsordnung bekannt, nach welcher die Abstimmung über einen Schlußantrag nicht bezweifelt und durch Gegenprobe festgestellt werden könne. Ein Kommentar ist meiner Ansicht nach nicht maßgebend.

Abg. Hoffmann (Soz.): Der Vorgang im Jahre 1882 hat sich unter dem Präsidium v. Köller am 23. November so abgespielt, daß der Präsident bei einem Schlußantrag sagte: „Ich bitte diejenigen Herren, sich zu erheben, welche schließen wollen.“ (Geschicht.) Das Bureau ist nicht ganz einig. Wir werden um die Gegenprobe bitten. (Unruhe.) Darauf bittet der Abg. Dr. v. Cuno um das Wort und erklärt: „Herr Präsident, ich möchte mich darauf berufen, daß nach alter Praxis des Abgeordnetenhauses im Zweifel ein Schlußantrag immer als abgelehnt gilt.“ Präsid. v. Köller: Ich muß das anerkennen. (Hört, hört!) Es ist das richtig. Ich muß also erklären, daß der Schluß abgelehnt ist.“ (Hört, hört! bei den Soz.) In dem Kommentar, der nicht maßgebend sein soll, sind noch eine ganze Reihe ähnlicher Fälle angeführt. Ich denke, dieser eine genügt, um zu zeigen, daß Sie eventuell auch gegen die Geschäftsordnung handeln, wenn Sie Ihren Willen durchsetzen wollen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Vizepräsident Dr. Borjch: Wenn das richtig wäre, was Herr Hoffmann ausführt, so hätte in dem Augenblick, wo der Präsident sagte: Ich bitte um die Gegenprobe, gesagt werden müssen: Eine Gegenprobe ist unzulässig, der Schlußantrag ist abgelehnt. Das ist aber nicht geschehen, es ist vielmehr nachher festgestellt, daß die Minderheit steht und die Besprechung geschlossen worden ist. Dagegen hat niemand Widerspruch erhoben. Dann hat der Präsident über den Artikel 1 abstimmen lassen, ebenfalls ohne daß Widerspruch erhoben wäre. Das Gesetz ist also ordnungsmäßig angenommen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Daß das völlig ordnungsmäßig geschehen ist, bestritte ich, denn es ist nicht so behandelt worden, wie bisher die Geschäftsordnung gehandhabt wurde. Im übrigen bin ich ein neues Mitglied dieser Versammlung und dürfte wohl annehmen, daß der Vizepräsident die Geschäftsordnung kennt, über die er zu wachen hat. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Dr. Borjch: Es ist wiederholt vorgekommen, daß im Zweifelsfall Gegenprobe vorgenommen worden ist. Präsid. v. Röscher: Daß der Beschluß am Sonnabend ordnungsmäßig zustande gekommen ist, ist mir außer allem Zweifel. Die Gewohnheit des Hauses wird zwar allgemein bestritten, ist aber nicht ein so stringenter Beweis, wie die Geschäftsordnung, und in dieser steht kein Wort davon, daß die Abstimmung bei einem Schlußantrag nicht durch Gegenprobe festgestellt werden kann.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich wollte nur darauf hinweisen, daß die bisherige Handhabung des § 58 sogar im Kommentar

festgelegt ist, daß Sie aber im Augenblick, wo Sie es brauchen, Ihre eigene Geschäftsordnung nicht beachten haben. In dem Kommentar des Bureau Direktors Plate zu der Geschäftsordnung heißt es auf Seite 183 in einer Anmerkung zum § 58 ausdrücklich: Bei der Abstimmung über einen Schlußantrag ist Gegenprobe nicht zulässig, der Antrag gilt im Zweifelsfall als abgelehnt. Und es ist erst dann eine große Reihe von Fällen angeführt, in denen ebenso beschlossen worden ist. Sie haben also im vorliegenden Falle die Geschäftsordnung anders gehandhabt, als es bisher üblich war.

Abg. Dr. Borjch: Die Übung des Hauses, von der in der angeführten Anmerkung des Kommentars die Rede ist, endet mit einer Sitzung vom Jahre 1883. Solange ich dem Hause angehört, ist mir nicht einmütig, daß so verfahren worden ist, wie Herr Hoffmann ausgeführt hat.

Abg. Hoffmann (Soz.): Da es sich hier um eine ganz neue Auflage des Kommentars aus dem Jahre 1894 handelt, kann man wohl annehmen, daß alle Fälle verzeichnet sind, die überhaupt vorgekommen sind. Und ich konstatiere nochmals, daß mit dieser Übung des Hauses von dem Vizepräsidenten gebrochen worden ist, als es galt, mich zu verhindern, zum Wort zu kommen.

Abg. Dr. Borjch: Ich muß es ganz entschieden zurückweisen, daß ich die Absicht gehabt habe, den Abg. Hoffmann zu verhindern, das Wort zu ergreifen. Ich muß aber feststellen: für mich als Präsidenten ist lediglich die Geschäftsordnung maßgebend, aber keine Auslegung.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich stelle fest, daß für den Herrn Präsidenten v. Köller die Übung des Hauses maßgebend war, wie er selber ausführt in dem, was ich verlesen habe.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Als altes Mitglied des Hauses und als Unparteiischer laun ich beklagen, daß namentlich niemand daran gedacht hat, daß eine Verletzung der Geschäftsordnung vorliegt, und daß damit irgend eine Absicht verbunden gewesen wäre. Das ist nur ein Gefühl, ein Sentiment, das bei Herrn Hoffmann vorhanden gewesen ist. Wenn Herr Hoffmann glaubte, daß die Geschäftsordnung verletzt war, hätte er damals protestieren sollen. Wenn er sich jetzt als Märtyrer hinstellen will, so imponiert das niemand. Die Übung, so zu verfahren, wie neulich, existiert schon lange.

Abg. Dr. v. Jellitzky (freis.): Die alte Übung ist in der Tat längst außer Übung. Im übrigen hat niemand daran gedacht, im vorliegenden Falle der Geschäftsordnung Gewalt antun zu wollen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wenn ich nicht das Vertrauen in das Präsidium gehabt hätte, daß es die Geschäftsordnung kennt, hätte ich protestiert, so habe ich mich aber erst genauer informiert. Uebrigens hat doch jene Übung des Hauses den Zweck, zum Schutze der Minderheit zu dienen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ihr Zweck aber war, mir das Wort abzuwehren. Das haben Sie erreicht. (Sehr wahr! bei den Soz., Widerspruch bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Borjch: In dem Kommentar ist seit 1883 kein einziger Fall mehr angeführt, in dem die Übung stattgefunden hat. Also von einer Durchbrechung der Übung kann nach der Rede sein.

Abg. Martin (freis.): Ich habe in jener Sitzung als Schriftführer fungiert und habe selbst den Zweifel daran, ob zuerst die Mehrheit stand, angeregt, und gerade im Interesse der objektiven Gerechtigkeit um die Gegenprobe gebeten. Die Übung habe ich nicht gekannt.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich will nur feststellen, daß nach dem Kommentar von Plate es in allen Parlamenten bei Schlußanträgen ebenso gehandhabt wird. Nur zwei Parlamente machen davon eine Ausnahme. Wenn Herr Dr. Borjch jetzt von einer neueren Übung spricht, so ist doch festzustellen, daß ein derartiger Fall seit 1883 nicht wieder vorgekommen ist, also gilt doch die alte Übung. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Dr. Borjch: Wenn ein Fall der alten Übung seit 1883 nicht mehr vorgekommen ist, so ist daraus doch nicht zu folgern, daß seitdem niemals eine Gegenprobe bei einem Schlußantrag stattgefunden hat.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich wiederhole, daß diese Übung fast allgemein in den Parlamenten gebräuchlich ist, eben zum Schutze der Minderheit. Solange andere Fälle nicht vorgekommen sind, müssen wir uns doch nach dem richtigen, was nach dem Kommentar Übung ist.

Abg. Dr. Borjch: Ich verzichte darauf, mit Herrn Hoffmann weiter zu diskutieren. (Lachen bei den Soz., Bravo!)

rechts.) Ich habe nach der Geschäftsordnung gehandelt und lediglich darauf kommt es an.

Der Widerspruch des Abg. Hoffmann gegen die vom Präsidenten vorgelegene Tagesordnung wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Den Bericht über die Verhandlungen zur Vergeßtsnovelle und zum Vergeßts bringen wir morgen.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

209. Sitzung vom Mittwoch, 18. Febr., nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratssitz. v. Bethmann-Hollweg.
Der zur zweiten Beratung stehende Gesetzentwurf über die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte will als Armenunterstützung nicht angesehen haben, 1. Krankenunterstützung, 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege, 3. Unterstützung zwecks Erziehung oder beruflicher Ausbildung, 4. vereinzelte Leistungen bei augenblicklicher Notlage, 5. erspartete Unterstützung. Die Kommission beantragt, unter 5 noch einzuschalten: „Zum Zwecke der Jugendfürsorge“, und den Reichstagsrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die einzuführenden Grundzüge auch in den Bundesstaaten Geltung erlangen.

Die Sozialdemokraten beantragen, einen einheitlichen Rechtszustand für alle Bundesstaaten zu schaffen und ferner, der Ziffer 4 folgende Fassung zu geben: „A. Für sonstige Unterstützungen, wenn sie zur Hebung vorübergehender Notlage gewährt sind.“

Abg. Siebenbürger (konf.): Wir lehnen die beiden sozialdemokratischen Anträge ab. Der Begriff des vorübergehenden ist schwankend, und einen Eingriff in die einzelstaatliche Gesetzgebung machen wir nicht mit.

Abg. Brühne (Soz.): Ein einheitlicher Rechtszustand ist eine unbedingte Notwendigkeit. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Vertreter von Bayern und Sachsen haben zwar die Aufhebung ihrer Landesgesetzgebung in Aussicht gestellt, aber ich fürchte, daß es damit keine Schwierigkeiten haben wird.

Die in Nummer 4 vorgegebene Begrenzung der augenblicklichen Notlage halten wir für viel zu eng. Das beste wäre es in der Tat, wenn dieser Absatz die von uns vorgeschlagene Fassung erhielte. In Berlin haben wir jetzt über 100 000 Arbeitslose. Alle diese würden, wenn sie Unterstützung in Anspruch nehmen müßten, bei der von der Kommission beschlossenen Fassung nach wie vor der Armenpflege verfallen, während doch gerade solche Unterstützung nicht unter den Begriff der Armenunterstützung fallen sollte. Nach unserem Antrage dagegen, der statt augenblicklicher Notlage vorübergehende Notlage setzt, würden die Jahn- und Humbertstiftungen, die bei einer Krise unversichert in Not geraten, unterstützt werden können, ohne daß die Unterstützung als Armenunterstützung gilt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Wermuth: Es ist ausgeschlossen, daß die von den Sozialdemokraten beantragte Änderung die Zustimmung des Bundesrats erhält. Der zweite Antrag ist auf einen schwankenden Begriff aufgebaut.

Abg. Dr. Mayer-Kaufmann (Str.): Die beantragte Kompetenzerweiterung des Reichstags macht meine Fraktion nicht mit. Wir stimmen auch gegen die Kommissionsresolution aus demselben Grunde.

Abg. Everling (natl.): Ich bitte, die Resolution, die von der Kommission einstimmig angenommen ist, auch hier anzunehmen. Den zweiten Antrag der Sozialdemokraten lehnen wir ab, weil „vorübergehend“ kein geistlich brauchbarer Begriff ist. (Zurufe bei den Soz.) Herr Stadthagen, es gibt Leute, welche glauben, auch die Sozialdemokratie sei eine vorübergehende Erscheinung, aber Sie sehen ja, wie lange sie uns schon beschäftigt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Böhle (Soz.): Der Wunsch des Herrn Abg. Everling die Sozialdemokratie möge eine vorübergehende Erscheinung in diesem Hause sein, wird nicht in Erfüllung gehen. Wenn wir auch anerkennen, daß der Entwurf einen gewissen Fortschritt bringt, so müssen wir doch unseren Standpunkt zur Geltung bringen. Den Hinweis der Regierung, daß das Gesetz bei Annahme unseres Antrages (weiter) lenken wir ja von

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.

Aus dem Englischen von Julius Seybt.

53
Rose hatte das Maß der Entrüstung des trefflichen Doktors keineswegs überschätzt; denn kaum war ihm Rancys Erzählung mitgeteilt worden, als er seinen Jörn in einem Strome von Verwünschungen und Drohungen ergoß, sie zum ersten Schloßopfer des vereinten Scharrsinnes des Herrn Walthers und Duff zu machen gelobte und sogar den Duff aufrief, in der Absicht, fortzuweisen und den Beistand der genannten Ehrenmänner in Anspruch zu nehmen. Und er würde im ersten Nachstürmen sein Vorhaben, ohne die Folgen des allergeringsten Nachdenkens zu würdigen, ohne Zweifel ausgeführt haben, wenn er nicht zurückgehalten worden wäre, teils durch das ebenso große Ungeheiß Brownlows, der selbst ein reizbares Temperament besaß, und teils durch die Gründe und Gegenverstellungen, die man für die zweckdienlichsten erachtete, ihn von seinem unbedonnenen Verfahren zurückzubringen.

„Was ist aber zum Geier zu tun?“ fragte der hitzige Doktor, als sie in das Zimmer zu den beiden Damen getreten waren. „Wir sollen doch nicht all das männliche und weibliche Gefindel unsern Danks verdächtigen und es bitten, hundert oder ein paar hundert Pfund als ein geringes Zeichen unserer Achtung und als einen kleinen Beweis unserer Erkenntlichkeit für ihre Güte gegen Oliver anzunehmen?“

„Das eben nicht,“ erwiderte Brownlow mir Lachen; „allein wir müssen befehlen und mit großer Vorsicht handeln.“ „Bejehnen und vorsichtig!“ rief der Doktor aus. „Ich würde die Salunken samt und sonders zum —“

„Es ist einleuchtend, zu wem Sie sie schicken würden,“ unterbrach ihn Brownlow. „Doch fragen Sie sich selbst, ob wir, wir mögen sie schicken, wohin wir wollen, eine Hoffnung haben, dadurch zum Ziele zu gelangen.“

„Zu welchem Ziele?“ fragte der Doktor.

„Dem einfachen Ziele, zu erörtern, wer Olivers Eltern gewesen sind, und ihm seine Erbschaft wieder zuzuwenden, um welche er, sofern alle vorliegenden Angaben begründet sind, schändlich betrogen worden ist.“

„A!“ jagte Rosberne, sich mit dem Schnupftuche Kühlung zuwehnd, „das hätte ich bald vergessen.“

„Sie begreifen also,“ fuhr Brownlow fort, „was würden wir denn Olivers stützen, wenn wir, angenommen, es wäre ausführbar, ohne die Sicherheit des armen Mädchens zu gefährden, die Waise dem Arme der Gerechtigkeit überliefern?“

„Das Gute, daß einige von ihnen baumelten und die übrigen deportiert wurden,“ meinte der Doktor.

„Sehr wohl,“ erwiderte Brownlow lächelnd; „allein sie werden dafür seinerzeit ohne Zweifel schon selber sorgen, und wenn

wir ihnen vorgehen, so jagt mir's, wir werden eine arge Don-Kixoterie begehen und unsern oder doch Olivers Interesse, was aber daselbe ist, gerade zuwiderhandeln.“

„Wieso denn?“ fragte der Doktor.

„Zu es nicht klar genug,“ erwiderte Brownlow, „daß es uns äußerst schwer werden wird, dem Geheimnisse auf den Grund zu kommen, wenn wir nicht instande sind, Monds zum Beichten zu bringen? Das kann aber nur durch Lüge geschehen und dadurch, daß wir ihr lassen, wenn er eben nicht von dem übrigen Gefindel umarmen ist. Denn gesetzt auch, daß er aufgegriffen würde — wir haben keine Beweise wider ihn. Er hat (soweit wir wissen, oder soweit es aus den Umständen hervorgeht) an keinem Diebstahle oder Raube der Bande teilgenommen. Wenn er auch nicht freigesprochen werden würde, so ist es doch sehr unwahrscheinlich, daß er eine weitere Strafe erhalte als die, daß man ihn eine Zeitlang als Landstreicher einsperrt, und sein Mund wieder dann hinter Gitter für immer fest verschlossen sein, daß wir unsere Zwecke ebenfalls erreichen, wie wenn er taub, stumm, blind und blödsinnig wäre.“

„Ich frage Sie abermals,“ sagte der Doktor heftig, „ob Sie das dem Mädchen gegebene Versprechen vernünftigerweise für bindend halten — ein Versprechen, das in der besten und wohlwollendsten Absicht gegeben ist, aber wirklich —“

„Ich bitte, lassen Sie den Punkt unbedröht, mein verehrtes junges Fräulein,“ sagte Brownlow, „Roie zuvorkommend; das Versprechen soll gehalten werden. Ich glaube nicht, daß es unsern Schritten auch nur im mindesten hinderlich sein wird. Doch bevor wir bestimmte Entscheidungen in betreff der zu ergreifenden Maßregeln fassen können, müssen wir notwendig das Mädchen sehen, um von ihr zu hören, ob sie uns so oder anders dazu verheißt will oder kann, Monds habhaft zu werden, oder wenn nicht, sie wenigstens zu bewegen, uns seine Person zu beschreiben und uns zu sagen, wo er sich zu versetzen pflegt, oder wo er sonst zu finden sein mag. Das kann nun vor dem nächsten Sonntagabend nicht geschehen, und heute ist Dienstag. Mein Rat ist daher, daß wir uns bis dahin vollkommen ruhig und die Sache selbst vor Oliver geheim halten.“

Gleich Mr. Rosberne zu dem Vorschlage, fünf ganze Tage unaktiv zu sein, die lauernde Miene machte, so mußte er doch zugeben, im Augenblicke keinen besseren Rat zu wissen; und da sowohl Roie wie Mrs. Maylie auf Brownlows Seite traten, so wurde des letzteren Rat endlich allerseits gebilligt.

„Ich nenne gern den Beistand meines Freundes Grimwigh in Anspruch,“ sagte Brownlow. „Er ist ein wunderlicher Mann, besitzt aber sehr viel Scharfsinn und könnte uns von wertvollem Nutzen sein. Er ist Rechtsgelehrter von Haus aus und entlagte lediglich aus Unmut darüber, daß ihm binnen zehn Jahren nur ein einziger Prozeß anvertraut wurde, dem Advokatenstande. Sie mögen indes selbst entscheiden, ob das eine Empfehlung ist oder nicht.“

„Ich habe nichts dawider, daß Sie Ihren Freund zuziehen.

wenn ich auch den meinigen zuziehen darf,“ sagte Rosberne, und erwiderte auf Brownlows Frage, wer derselbe wäre: „der Sohn Mrs. Maylies und Mr. Nokes — sehr alter Freund.“

Nokes Wangen wurden purpurn; sie machte jedoch keine hörbare Einwendung gegen den Vorschlag (vielleicht weil sie erkannte, daß sie doch jedenfalls in einer hoffnungslosen Minorität bleiben würde), und Harry Maylie und Grimwigh wurden daher zu Mitgliedern des Komitees ernannt.

„Wir bleiben natürlich so lange in der Stadt,“ sagte Mrs. Maylie, „wie noch die geringste Aussicht vorhanden ist, unsere Nachforschungen mit Erfolg fortzusetzen. Ich werde bei einer und alle so sehr interessierenden Sache weder Mühe noch Kosten sparen und gern hier bleiben, und wenn es sein muß, zwölf Monate, solange Sie mit mir sagen können, daß noch Hoffnung vorhanden ist.“

„Gut,“ versetzte Brownlow, „und da ich auf Ihren Gesichtern lese, daß Sie mich fragen wollen, wie es zugegangen ist, daß ich nicht zur Stelle war, Olivers Erzählung zu bestätigen, und daß ich das Land so plötzlich verlassen, so erlaube ich mir, die Erklärung zu stellen, daß mir nicht eher Freiraum vorgelegt werden, als bis ich es für geeignet erachte, denselben durch meine Geschichte zu unterstützen. Glauben Sie mir, meine Erklärung hat ihren Grund; denn wenn ich von ihr abginge, könnte ich vielleicht Hoffnungen erwecken, welche nie verwirklicht würden und nur alle schon hinfälligen zahlreichen Zämierratsen und Täuschungen noch vermehren. — Meine Herrschaften, wir sind zum Abendessen gerufen, und Oliver, der einsam im anstößenden Zimmer verweilt, wird am Ende glauben, daß wir seiner müde geworden wären und einen finsternen Aufschlag ausdachten, ihn wieder in die Welt hinauszustoßen.“

Mit diesen Worten reichte der alte Herr Mrs. Maylie die Hand und führte sie in das Speisezimmer; Rosberne folgte mit Roie, und die Beratuna hatte damit ein Ende.

Zweihundvierzigstes Kapitel.

Ein alter Bekannter von Oliver läßt entscheidende Genesungen finden und wird ein öffentlicher Charakter in der Hauptstadt.

Gerade am dem Abende, an welchem Rancys ihre selbstausgelegte Mission bei Roie Maylie erfüllte, wanderten auf der großen nach Norden führenden Meerstraße zwei Personen nach London, denen wir einige Aufmerksamkeit widmen müssen. Die eine derselben, eine Mannsperson, gehörte zu den langen, schlanken Gestalten, die als Knaben wie verkümmerte Männer, und wenn sie fast Männer sind, wie zu früh groß gewordene Knaben aussehen. Die zweite, ein Frauenzimmer, war jung, aber derb und kräftig, was sie auch sein mußte, um unter der schweren Bürde auf ihrem Rücken nicht zu erliegen. Ihr Begleiter trug nur wenig und leichtes Gepäck an einem Stöckel über der Schulter und konnte daher um so leichter, zumal da ihm auch die Länge seiner Beine zutratten kam, stets einige Schritte weit voran sein, woran er es auch ebenjowenig fehlen ließ, wie an

früher. Ich will nicht näher darauf eingehen, auf welches tiefe Niveau der Reichstag durch diese Taktik herabgedrückt wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber es wirkt komisch, wenn immer verlangt wird, der Reichstag solle lediglich den Entwürfen des Bundesrats zustimmen und seinen eigenen Willen haben. Verfassungsrechtliche Bedenken stehen unserem Antrage nicht im Wege, denn der jetzige Entwurf ist eine Ergänzung zum Armengesetz, das ebenfalls Reichsgesetz ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Resolution der Kommission verpflichtet den Reichstag zu nichts, und deshalb ist es besser, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dove (fr. Bg.): Der sozialdemokratische Antrag zu Ziffer 4 ist nicht zu empfehlen. Dagegen sind die Einwände gegen den ersten Antrag der Sozialdemokraten nicht stichhaltig, denn das Reich hat die Grenzen seiner Kompetenz selbst zu bestimmen. Um das Gesetz zustande zu bringen, werden wir trotzdem diesen Antrag ablehnen.

Nachdem Unterstaatssekretär Vermuth noch einmal vor einer Verfassungsänderung, wie sie der Antrag Albrecht involviert, gewarnt hat, wird der Antrag in beiden Teilen abgelehnt und der Gesetzentwurf in der Kommissionsfassung angenommen. Die Kommissionsresolution wird gegen die Stimmen des Zentrums und der beiden konservativen Parteien angenommen.

Die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs wegen Befreiung der Doppelbesteuerung wird auf Antrag Wassermann abgelehnt und einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Es folgt die erste Lesung des Bankgesetzes.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Der Entwurf läßt die Grundlage unseres Bankwesens, die Goldwährung und die Reichsbank unangetastet, ja, er baut sie sogar aus. Er erhöht die Mittel der Reichsbank zum Umlauf der Noten in Gold vorstehend, sind alle etwaigen Befürchtungen gegenstandslos. Soffentlich wird das Gesetz schon am 1. April dieses Jahres seine segensreichen Wirkungen entfalten können.

Abg. Reth (konf.) klagt über die exorbitante Höhe des deutschen Diszonts, verbreitet sich über die verheerende Wirkung der Krise unter dem Mittelstand und der Landwirtschaft und beantragte die Ueberweisung an eine Kommission.

Abg. Sped (fr.) äußert seine Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Reichsbank und sein Einverständnis mit den Vorschlägen, schließt sich dem Wunsch nach Kommissionsüberweisung an.

Abg. Dr. Arndt (sp.) tritt für die Verstaatlichung der Reichsbank ein, die nachher auch nicht bürokratischer verwaltet werden könne, als es bisher geschehen ist. (Na, na! bei den Soz.) Der Widerstand des Publikums gegen die kleinen Kassenscheine beruhe auf ihrer Häufigkeit. Weg damit, wir haben ja den Taler wieder. (Geisterst.) Redner rühmt noch den Reichsbankpräsidenten gegenüber seinem Vorgänger.

Abg. Dr. Weber (natl.) ist über den früheren Reichsbankpräsidenten hoch und die Verstaatlichung der Reichsbank der entgegengelegten Ansicht und spricht seine Genugtuung aus, daß die Vorlage an den Grundlagen unseres Bankwesens nichts ändern soll.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Bankgesetzes, dann Rechnungsachen.)

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Vielfeld, 18. Februar.

Im Park- und Waldsaal, welcher gestern Sitzung hatte, war Herr v. d. Mühlen anwesend, um eine Stellungnahme zur Errichtung von Schrebergärten anzugeben. Folgender Aufruf, welchen er vorlegte, gibt Aufklärung darüber, was mit den „Schrebergärten“ angetrebt wird:

Aufruf!

Schrebergärten in Vielfeld!

Selt einigen Jahrzehnten macht sich nicht nur im Ausland (Frankreich, England, Dänemark, Amerika usw.), sondern vor allem auch im deutschen Vaterlande eine verdienstvolle und erfolgreiche Bewegung geltend, deren Richtung kurz durch den oft vernommenen Ruf „Rückkehr zur Natur“ bezeichnet wird.

Der moderne Mensch ist derart von den Segnungen der Kultur übersättigt und beschwert, vielfach auch wohl so sehr der Wünsche moderner Lebensüberdrüssig, von der malinmatischen Beschäftigung und von der monotonen Berufsverfüllung derart aufgereizt und mitgenommen, daß er gern nach einer Gelegenheit greift, alles hinter sich zu werfen, um sich wieder einmal auf sich selbst besinnen zu können, einmal wirkliche Ruhe und Erholung zu finden. Das kann ihm eine wichtige Neuerung zugleich mit vielen anderen Vorteilen bieten: Der Kleingartenbau. Keine der ungezählten Vergnügungen, keine Ausspannung ist so geeignet, den ermüdeten Nerven Erfrischung und Er-

häufigen Vorwürfen, die er seiner Gefährtin wegen ihrer Langsamkeit machte. Sie hatten Highgate hinter sich, als er stillstand und ihr ungeduldig zurief: „Kannst du nicht gleichwider gehen? Was schleicht du immer so faul von weitem nach, Charlotte?“

„S ist nie schwere Tracht, das kannst du nur glauben,“ erwiderte sie, fast atemlos herantommend.

„Schwer? Was ist das für Schwächen — wozu hab' ich dich?“ fuhr Roach Clappole (denn er war es) fort und legte sein kleines Bündel auf die andere Schulter. Und nun steht du schon wieder still? Bei dir muß auch der Beste die Geduld verlieren.“

„Ich es noch weit?“ fragte Charlotte, indem ihr die Schweigetroppen über das Gesicht herabströmten.

„Noch weit? Wir sind schon so gut wie da. Sieh' hin — dort sind die Richter von London.“

„Dann sind wir wenigstens noch zwei gute Meilen davon entfernt,“ sagte Charlotte verzweiflungsvoll.

„Zwei Meilen oder was auch immer ist, steh' auf und mach' fort, oder du bekommst Rühritze!“ warnte Roach mit der Horn noch mehr als gewöhnlich geröteter Nase, und Charlotte fand an und irrte wieder neben ihm her.

„Wo denkst du für diese Nacht einzufahren, Roach?“ fragte sie nach einiger Zeit.

„Was weiß ich's?“ antwortete Mr. Clappole, den das lange Gehen verdrießlich gemacht hatte.

„Doch in der Nähe?“

„Dann denn nicht?“

„Wenn ich dir sage, daß ich das will oder nicht will, so ist's genug, ohne daß du zu fragen brauchst, warum oder weshalb,“ entgegnete Roach mit Würde.

„Ich frage ja nur — brauchst du nicht so böse darüber zu werden.“

„Das war' mir wohl ein recht fluger Streich, im ersten besten Wirtshaus vor der Stadt einzufahren, daß Somerberry, wenn er uns etwa nachsieht, seine alte Nase hereinsteckt und uns gleich wieder fest hätte und mit Handgelenken zurückdrückt! Nein, ich werde in die engsten Straßen einlenken, die ich finden kann, und nicht über Hals und Kopf, als bis wir das entlegenste Gasthaus gefunden haben. Du kannst deinem Schöpfer danken, daß ich Pflaster für dich mit habe; denn wenn wir nicht auf meinen Rat den entlegensten Weg erst eingeschlagen hätten, so wärest du schon vor acht Tagen eingesperrt, und dir wäre recht gechehen als 'ner dummen Gans.“

„Ich weiß es, daß ich nicht so klug bin wie du; aber wirf' nur nicht alle Schuld auf mich allein. Wär' ich eingesperrt, wärest du es doch auch sein.“

„Du weißt doch wohl, daß du das Geld aus dem Leventische nimmst?“

„O ja, liebster Roach; aber ich nahm es für dich.“

„Nimm ich's hin und trag's bei mir?“

„Nein; du vertraust mir und liebst's mich tragen, und

holung, dem einseitig beanspruchten Körper neue Stärke und Widerstandskraft zu gewähren, als die Gartenarbeit, die natürlichste und ergiebigste Quelle der Neubelebung. Als vorzüglichste Einrichtung in dieser Beziehung haben sich die Schrebergärten bewährt. Im ganzen Vaterlande sind sie schon in zahlreicher, großer und kleiner Stätten heimlich geworden und unaufhörlich ist ihre Zahl im Wachsen begriffen. (Beispielsweise allein besitzt deren schon über 12000.) Nur der Westen, zumal Westfalen, hat diese Einrichtung bisher noch nicht übernommen. Und doch ist, wie Erfahrungen bereits ergeben haben, auch in Vielfeld der Boden für Schrebergärten bereit; es soll daher unverzüglich ans Werk gegangen werden. Es gilt einige Morgen Landes vor den Toren der Stadt zu erwerben oder zu pachten; das Gelände wird in kleine Gärten zu 100, 200 oder 300 Quadratmetern aufgeteilt unter die Schrebergärtner; die Kleingartenkolonie wird mit allen Bedürfnissen und Annehmlichkeiten ausgestattet (Wasserleitung, Spielplatz für die Jugend, Gartenhäuser usw.). Dabei hat jeder Schrebergärtner nur einen jährlichen Pachtzins von höchstens 10 Bg. für den Quadratmeter zu entrichten, eine Abgabe, die erfahrungsgemäß gegenüber den Einkünften kaum von Bedeutung ist. Das ganze Unternehmen aber rentiert sich von selbst, bei richtiger Ausführung bleiben sogar Ueberschüsse, die für Anlagen, Unterhaltungen und die Bedürfnisse der Kolonie Verwendung finden. Auf die Einzelheiten kann hier nicht näher eingegangen werden. Hauptzweck und Aufgabe des Unternehmens bildet die Jungensfürsorge, Jugendberufshilfe und Jugendbildung. Frische Luft und helles Licht soll der Jugend statt der dumpfen Enge der häßlichen Wohnung zu teil werden, innige Verbindung mit der Natur, die Schrebergärtner, Eltern und Kinder, von der drückenden Last des Tages befreit, frohes Tummeln der Jugend im freien der Schrebergartenkolonie wird den verblühten und gefährlichen Aufenthalt der Kinder auf lauten und staubigen Straßen ausschalten, planmäßige, von Naturanschauung und gärtnerischer Betätigung unterstützte Leitung und Erziehung trittfester und umfänglicher Menschen heranbilden; Gesundheit und Zufriedenheit, schöne, durch gleiches und weiteverbreitetes Streben verbundene Geselligkeit der Schrebergärtner sind die trefflichen Früchte der Familienkolonie.

Selbstverständlich ist dort für Politik, Religionen und Standesunterschiede kein Raum; die soziale Gasse steht über den Parteien.“

Nur auf die Mithilfe der wahren Kinder- und Jugendfreunde, vor allem von Lehrern und Vätern, ferner von solchen Personen, die sich bisher schon Wohlfahrtsvereinigungen mit Freude und Interesse gewidmet haben (Kreiselstiftung, Kleinkinderkassen, Motes Kreuz usw.) und besonders auf die Unterstützung der Stadt wird gerechnet. Wer gern stiefpflüchtiger Neuerung gegenübertritt, der komme und lasse sich überzeugen, daß es nichts geben kann, was wertvoller in gesundheitlicher, erzieherischer, sittlicher und sozialer Beziehung und dabei einfacher und natürlicher in wirtschaftlicher Hinsicht wäre, der lasse sich klarlegen, wie die Schrebergärten allerorten, wo sie eingerichtet worden sind, ihre Berechtigung und ihren hohen Wert wie ihre Beliebtheit durch wahrhaft edle Erfolge dargetan haben, der lasse sich beweisen, daß sie auch für Vielfeld reichen Segen versprechen.

Nur näheren Darlegung und eingehenden Erörterung des Wesens und der Art des Planes der Schrebergärten wird demnächst im Hotel Vereinshaus, hier, ein Vortrag gehalten werden, an dem sich eine öffentliche Besprechung, vielleicht auch die Beschlußfassung der Interessenten über die alsbald einzuleitenden Schritte anschließen soll. Es wird nur noch darauf aufmerksam gemacht, daß diejenigen, die durch Anpacht sich einen Schrebergarten der Kolonie eventuell zu sichern beabsichtigen, am besten sich an der Versammlung beteiligen, weil erfahrungsgemäß die Nachtrage schon anfangs weit größer ist, als schon zu Beginn der Schrebergärten vergeben werden können.

Der Ausschuss erklärte sich, nachdem Stadtk. Hoffmann Bedenken hinsichtlich der Möglichkeit dieser Gärten in Vielfeld geäußert hatte, damit einverstanden, daß die Stadt einen Versuch nach Möglichkeit unterstütze, und sprach seine Ansicht dahin aus, daß am besten der Verschönerungsverein die Angelegenheit in die Hand nehme.

Eine Petitionsbewegung gegen jede Mehrbelastung des Tabaks ist von dem Gewerkschaftsausschuss Vielfeld eingeleitet worden. Sämtliche Zigarrenhändler Vielfelds, sowie die Vorstände der Gewerkschaften befinden sich im Besitz der Petitionslisten. Wir erlauben alle, denen das Wohl und Wehe der Tabakindustrie und der in derselben beschäftigten Arbeiter naheliegt, durch Einzeichnung in die Listen diese Bewegung zu einem machtvollen Protest zu gestalten.

Der Ausschuss des Gewerkschaftskartells Vielfelds — Volkssporstellung des Metallarbeiterverbandes. Die Auflösung der Blase findet Freitag, abends von 6-8 Uhr, in Restaurant „Stadt Vielfeld“ statt. Galleriebillets (Stehplätze) sind zum Preise von 20 Bg. auf dem Bureau zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Das war doch gut von dir,“ sagte Charlotte, ihn unter das Kinn klopfend und ihren Arm in den seinigen legend.

Es verhielt sich in der Tat so; allein es war Mr. Clappoles Weile nicht, in irgend jemand ein blindes und törichtes Vertrauen zu setzen, und wir lassen ihm nur Gerechtfertigung widerfahren, wenn wir bemerken, daß er Charlotten lediglich deshalb so vertraut hatte, damit das Geld, wenn sie verpfändet würden, bei ihr gefunden werden möchte. Er ließ sich jedoch bei dieser Gelegenheit natürlich auf seine Darlegung seiner Beweggründe ein, und beide wanderten im zärtlichsten Einvernehmen miteinander weiter.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Vogelflug und Menschenflug. Wilbur Wright knüpft im „London Magazine“ an die Antwort auf eine Umfrage, die sich mit den Ausichten für den Weltverkehr der „Daily Mail“ befaßt, allgemeine Betrachtungen über Vogel- und Menschenflug. Er selbst hat kein großes Interesse daran, den Preis von 200 000 Mk. bei dem Flug von London nach Manchester zu erlangen. Die Leute, die außerordentliche Leistungen auf Alaviieren, Segelflügen, Automobilen usw. ausführen, sind niemals die Erfinder. Der Erfinder hat immer eine größere Aufmerksamkeit auf die Verwirklichung der Maschine gerichtet als auf die Wettbewerbe für ihre Leistungsfähigkeit oder Dauerhaftigkeit. Nach seiner Meinung wird der gewinnende Flieger ein oder zwei Personen mit sich nehmen können, aber nicht mehr. Die Schnelligkeit wird wahrscheinlich zwischen 35 und 50 englischen Meilen die Stunde betragen. Wright spricht dann über die Schnelligkeit des Vogelfluges, den er viel beobachtet hat: „Die Geschwindigkeit des Vogelfluges ist fast ausnahmslos übertrieben worden. Die gewöhnliche Schnelligkeit der gemeinen Krähe ist nicht größer als 32 Kilometer die Stunde. Ich habe öfter ihre Schnelligkeit bei mäßigem Flug in ruhiger Luft gemessen und sie ein wenig unter der eben genannten Geschwindigkeit gefunden. Die Wildente ist vielleicht der Vogel, der bei gewöhnlichem Flug am längsten fliegen kann. Ich habe ihn öfter verfolgt, aber die Schnelligkeit niemals größer als etwa 64 Kilometer die Stunde gefunden, wenn nicht ein günstiger Wind ihm beisteht. Bei meinen Flügen habe ich oft Vogel über mir beobachtet, aber die Geschwindigkeit der Maschine war immer viel größer als die der Vögel, und diese waren gewöhnlich, sich zur Seite zu wenden, um nicht überannt zu werden. Die Melodien von Flügen der Hauslenten zeigen bisweilen Geschwindigkeiten von mehr als 40 Meilen in der Stunde, aber in solchen Fällen sind die Vögel gewöhnlich mit dem Winde jessogen. Ueberhaupt ist dies ein Ausnahmefall, denn diese Tauben überanstrengen sich, um möglichst rasch nach Hause zu kommen. Die besten durch den Menschenflug zurückgelegten Geschwindigkeiten werden wahrscheinlich ein wenig größer sein als die der Vögel, und ebenso ist es wahrscheinlich, daß die durchschnittliche Höhe des

Der Herr Bismarck. In den „Anterwerken“ vorm. Degenberg u. Co. scheint der Bismarckstiftel gern mal ein bißchen den „Herrn“ spielen zu wollen. Während Meister Bismarck jetzt verurteilt, eine Regelung der Arbeitsverhältnisse in der schlesischen Zeit möglichst ohne Parteien für die in der Abteilung Eisenbahn beschäftigten Arbeiter durchzuführen und dabei auch ganz selbstverständlich die Interessen der Firma nicht übersteht, schaltet der Bismarckstiftel in der ihm anvertrauten Poliererei im entgegengekehrten Sinne. Wurde da in letzter Zeit ein Kollege von einem Saale fortbegriffen, um nun in der Kassenpoliererei beschäftigt zu werden. Nach kurzer Frist entließ Bismarckstiftel diesen Polierer und gab als Grund — schlechte Arbeit an! Dann aber der Bismarckstiftel ein durchaus ruhiger und hervorragender tüchtiger Arbeiter ist, fragte dieser den Meister Bismarck nach dem Grunde der Entlassung. Dieser gab aber als Ursache — Arbeitsmangel an! Meister und Bismarckstiftel sahen also in ihren Aussagen gegenüber. Ohne Zweifel liegt die Schuld an dem Bismarckstiftel, der entgegen den Absichten des Meisters diese Maßnahmen traf. Bismarckstiftel hat nämlich eine unüberwindliche Abneigung gegen eine geordnete Arbeitsmethode. Selbst gehört er in seinem Fach nicht zu den Tüchtlern, daher schließt er gern Freunde“ mit einigen Polierern, die in ihm trophom den „Meister“ ehren. Auch Leute, die er sich von außerhalb holt, brauchen nicht viel von guter Arbeit zu verstehen, wenn sie nur den nötigen — „Respekt“ zeigen. Bismarckstiftel möchte eben gern ein bißchen Meister spielen. Die Ausdragna, der so entstandenen Differenzen zwischen Bismarckstiftel und Meister sollten die Arbeiter ruhig davor überlassen oder abwarten, bis die Firma in ihrem eigenen Interesse eingreift.

Solgarbeiterverband. Das vom Hauptvorstand herausgegebene interessante und umfangreiche Werk „Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie“ gelangt am Freitag unentgeltlich an die Funktionäre zur Ausgabe. Mögen daher sämtliche Vertrauensmänner, Kartellbevollmächtigte, Revisionen, Bezirksleiter, Sektionsleiter und die Mitglieder der Lokalarbeiterverwaltung am Freitag abends 6½ Uhr in der „Centralhalle“ erscheinen. Die Erwartung weiterer Zahlstelle hängt mit davon ab, daß jeder Funktionär dauernd seine Pflicht erfüllt.

Verammlung der Zeitungsträgerinnen. Am Sonntag, den 14. Februar, fand im „M. Kurant“ Stadt Vielfeld eine öffentliche Zeitungsträgerinnen-Versammlung statt. Das Referat hielt Fräulein Philippa, Zeitungsträgerin aus Berlin. Es hatte sich eine Anzahl Zeitungsträgerinnen von sämtlichen hiesigen Zeitungen eingeladen, um das Referat anzuhören. Die Referentin führte den Anwesenden klar vor Augen, wie notwendig es sei, daß sie sich gewerkschaftlich organisieren. Alles sei teuer, so daß der Mann nicht immer in der Lage ist, für die Seinen allein aufkommen zu können. Daher sei die Frau zur Mitarbeit gezwungen, um Brot für die Kinder herbeizuschaffen. Leider gibt es noch Männer, die ihre Frauen, die sich gewerkschaftlich organisieren wollen, hiervon abhalten. Zu dieser Versammlung hatte sich auch der Exordient der „Weisheitlichen Zeitung“, ein Herr Bibbing, eingeladen, wohl um herauszubekommen, wer sich von seinen Schwestern würde im Transportarbeiterverband aufnehmen lassen. Bis jetzt ist erst eine kleine Anzahl von Organisierten vorhanden, hoffentlich werden die Zeitungsträgerinnen der bürgerlichen Blätter auch noch zu der Einheit kommen, daß sie sich organisieren müssen und sich durch nichts abschrecken lassen, denn nur durch die Organisation sind wir in der Lage, uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Mehrere Zeitungsträgerinnen ließen sich aufnehmen. An alle gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter richteten wir das Ersuchen, uns in der Agitation zu unterstützen, bis die letzte Zeitungsträgerin organisiert ist. Einzeln sind wir nichts, vereint sind wir alles.

Polizeibericht. Fahrraddiebstahl. Am 12. d. M., nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, ist in Minden von einem Hausflur ein Fahrrad im Werte von 100 Mk. entwendet. Marke „Tempo“, Nr. 34 900, Rahmen und Felgen schwarz, emailsiert, in letzteren schmale grüne Streifen. Vor Ankauf wird gewarnt.

Notlauffeuch. Ist auf dem Gehsteig des Gemüschhändlers Rudolf Jahn, Mellerstr. 39, ausgebrochen.

Ins hiesige Polizeigefängnis eingeliefert wurden 3 Personen wegen Trunkenheit und Obdachlosigkeit, 1 Person auf Grund eines Haftbefehls. 3 Fürsorgeglinge wurden in Schutzhaft genommen. 18 Obdachlose erhielten Unterkunft.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute abend geht die Revue „Simion“ zum dritten Male in Szene. Sonabend wird das Volksstück aus dem Schwarzwalde „Die Gasse vom Erlenhof“ zu kleinen Preisen gegeben. Dieses hervorragende Bühnenwerk hatte bei der Aufführung am Sonntag, 31. Januar d. J., einen glänzenden Erfolg. Das Ballett-Ensemble „Excelsior“, des bereits im vorigen und vorvorigen Winter mit größtem Erfolg hier auftrat, gibt am Mittwoch, 24. d. M., ein einmaliges Gastspiel. Dazu gelangen „Der Kammerfänger“ von Frank Wedekind und „Abschied vom Regiment“ von Otto Erich Hartleben zur Aufführung.

Menschenfluge größer sein wird als die der Vögel.“ Von einer Höhe von 8000 Metern aus ist nach seiner Meinung möglich, an jeder Stelle innerhalb eines Radius von etwa vier Meilen innerhalb einer Oberfläche von 80 Quadratkilometern zu landen. Niedrige Flüge sind von beständigen Gefahren begleitet. Die Fahrt von London nach Manchester wird in einer Höhe von tausend und mehr Fuß gemacht werden müssen. Wie die Leute in früheren Tagen fürchteten, sich weit vom Lande zu entfernen, so geht es heute den Luftschiffern. Aber wie bei einer größeren Vervollkommenheit der Schifffahrt die Seelente das hohe Meer vorziehen, so werden auch die Luftschiffer die höheren Atmosphären der Luft für lange Flügel bevorzugen. Wright glaubt, daß der Preis gewonnen werden wird, aber der Gewinn wird mehr kosten als die Summe beträgt, möglicherweise sogar den Verlust von Menschenleben fordern.

Kfz. Kindliche Abioten. Man versteht unter Abioten einen vollständig oder gewisse Gebiete der geistigen Tätigkeiten in verschiedenem Maße betreffenden Intelligenzmangel angeborener oder früh erworbener Natur. Ein solcher kann verhältnismäßig leicht zustande kommen, denn, wie die Beobachtung der geistigen Entwicklung Neugeborener zeigt, hat die architektonische Struktur und die Funktionstätigkeit des Zentralnervensystems zur Zeit der Geburt noch nicht die Stufe erreicht, die die übrigen Organe zeigen. Die Zeit der Geburt kann also für das Gehirn nicht die Bedeutung des Abchlusses der Entwicklung haben, die sie für den übrigen Körper beanspruchen darf. Zu Abioten führt daher jede Schädigung, die vor Abchluss der Entwicklung die betreffenden Nerven und Zentren trifft und in ihnen Störungen verursacht. Die geistige Entwicklung bleibt entweder ganz oder auf einem hinter der Altersstufe weit zurückbleibenden Punkte stehen. Nach Dr. Neurat h handelt es sich im allgemeinen bei den kindlichen Abioten oft um Abkömmlinge von nervös veranlagten Eltern, bei denen ebensoviele wie bei ihren Vorfahren häufig Geisteskrankheiten vorkamen. Außerdem läßt sich in den Familien Alkoholismus oder Syphilis nachweisen. Auch in erster Jugend dem Kinde gereichte Alkoholdrogen sollen ein Stellenbleiben der Intelligenz auf früher Stufe nach sich ziehen. Weiter spielen die Verkehren während der Geburt eine Rolle, die neben förderlichen Schäden auch die Entwicklung der geistigen Tätigkeit verhindern können. Dierbin gehören a. B. höchstwahrscheinlich die Fälle von Kinderlähmung, die mo- als rezessive zu bezeichnen pflegt. Neurath hebt bei der Abiotie den Einfluss des Mangels der Schilddrüse hervor, der uns ja, wie wir schon im vorigen Artikel gesehen haben, ein erhebliches Wachstum des Körpers erzeugt werden. Außerdem scheinen m-achmal Epilepsie und Abiotie aus derselben tiefsten Veranlagung des Organismus hervorzugehen. — Was die Behandlung dieses Leidens anbelangt, so heißt es für uns, die bildungsfähigen Abioten möglichst viel sozialbrauchbaren Faktoren zu erleben. Das wird indes viel weniger leicht in der Familie gelingen, sondern die besten Ausichten hierfür geben sachmännlich geleitete, ärztliche Rehabilitations-

Wochenplan

Sonntag, 21. Februar. Geier-Wall. Spiel „Die Klöße“. Namens von Wilm Montag, 22. Februar. letzten Male: „Sind Bernstein. Für V. Sothar.“ Dienstag, 23. Februar. letzten Male: „D. von Oscar Wilm Mittwoch, 24. Februar. höchste Preise. „Excelsior“. Hier von Frank Wedekind Erich Hartleben. Donnerstag, 25. Februar. letzten Male: „Sind Bernstein. Für V. Sothar.“ Freitag, 26. Februar. letzten Male: „Sind Bernstein. Für V. Sothar.“ Samstag, 27. Februar. letzten Male: „Sind Bernstein. Für V. Sothar.“ Sonntag, 28. Februar. letzten Male: „Sind Bernstein. Für V. Sothar.“

Vielfeld. Solgar abends 6½ Uhr Vertrauen

k. Drake, 17. Februar. letzten Male: „Sind Bernstein. Für V. Sothar.“

s. Derford, 17. Februar. letzten Male: „Sind Bernstein. Für V. Sothar.“

c. Wöhre, 17. Februar. letzten Male: „Sind Bernstein. Für V. Sothar.“

s. Gungloh, 17. Februar. letzten Male: „Sind Bernstein. Für V. Sothar.“

* Detmold, 17. Februar. letzten Male: „Sind Bernstein. Für V. Sothar.“

Zum Kölnner Aler Köln durch unwahre in einigen Preorga streunungen haben sich geordnete hergegeben.

Demgegenüber ist Oberverwaltungssperre in dem früh trostlosen waren, als suchen offensichtlich je der Behörden zu be band hat schon vor verrätlich auf Zock Zahl, die auch von achtet wurde. Es ist reichend Verste hätte stände und leitenden eigenen Angabe der die Behandlung der werden, und daß kein neuen Verste nicht Befragung der famili ergeben, daß berech lung nicht vorgebra sich durchaus lobend sonstige Behandlung.

In einer vom sammlung in Köln vereins, Dr. Staben elte Seite sei es, die durch die freie Ar Organisation anuge bei dem Vorgehen b.

Also die Kranke spielen, damit die werde, und darum b.

An der Disziplin Kölnner Konflikt sei verbandes schuld.

Versteorganisation e in die Tat überzuge

Es gibt nur

einen echten Kathreiners Malzkaffee. Dieser wird niemals lose ausgewogen, sondern nur in geschlossenen Paketen verkauft, die als Schutzmarke das Bild und die Unterschrift des Pfarrers Kneipp und die Firma Kathreiners Malzkaffee-Fabriken tragen. Verkauf nur in ganzen, halben und viertel Paketen: ein Viertelpaket 10 Pfennig.

967

Achtung! Herford. Achtung!
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Herford
feiert seinen diesjährigen

Großen Preis-Maskenball
am Sonnabend, den 27. Februar cr.,
im Bahnhofshotel Wilh. Läge.
Anfang 7 Uhr 59 Minuten 59 Sekunden.

Die zur Verteilung gelangenden wertvollen Preise sind im Schaufenster der Firma Wwe. Weinberg, Baderstraße, ausgestellt.
Es ladet freundlichst ein **Der Festausschuss.**
NB. Karten sind zu haben beim Bierhändler, Brüderstraße, und Gustav Pehold, Hollandsstraße 20.

Herford. Arbeiter-Radfahrerverein Meteor.
Sonnabend, 20. Februar 1909:

Grosser Preis-Maskenball
in den herrlich dekorierten Räumen des Herrn
W. Läge, Bahnhofshotel, verbunden mit
narrischen Aufführungen und Auftreten berühmter Henkelmänner.

Anfang 7 Uhr 61 Min. Ende, wenn die Straßenbahn vorfährt.
Es sind 12 wertvolle Preise gestiftet, welche im Schaufenster des Herrn Hölcher, Gehrenberg, ausgestellt sind.
Karten sind zu haben beim Vereinswirt B. Läge und S. Schöne, Gänsemart 2. — Beitrag: Herren 60 Pfg., Damen 30 Pfg.
Es ladet ein **Der kleine Rat.**

Ansichts-Postkarten
in künstlerischer Ausführung
und reichhaltigster Auswahl.

Buchhandlung „Volkswacht“.

Kleine Anzeigen-Ges.
Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Überschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Aufschrift werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Kochherde,
weiß und schwarz emailiert, wenig
gebraucht, in enorm großer Auswahl.
sollen räumungshalber zu jedem nur
annehmbaren Preise verkauft werden.
Teilzahlung gestattet. Adolf Heine,
Kitterstraße 57. 490

Strickarbeiten,
Strümpfe, Längen, Höschen, Unter-
jassen, Vorhemden, sowie Anstricken
wird prompt und billig ausge-
führt. Maschinenstrickerei Brodbeck,
Schmiedestraße 15. 1874

Beste
Qualität in Bettwäsche, Unterzeugen,
Korsettbanden, Hautjassen, Damen,
sowie blaue und grüne Jassen, Mittel-
laufen Sie nur Friedrichstraße 50,
P. Hiffelmacher. 902

Paletots,
Anzüge, zurückgelegt und gebraucht,
von 7 Mk. an. Brunnenstr. 12a. 936

Betten
werden beim Einkauf neuer Inletts
gratis entkaut und umgefüllt. F.
Mertens. 1886

Grüne
Grünge, 2 Pfd. 25 Pfg., wieder da.
Kronstein, Bleichstr. 66. 977

Rahgarn,
prima Obergarn 30 Pfg., Untergarn
20 Pfg., jeden Pfd. Gebrauchte
Rahmaschinen billigst. August Hage-
meier, Niederwall. 981

Wäschechte
Schürzen, Reform, Nieder, Kimono,
neue Muster, empfiehlt P. Hiffel-
macher, Friedrichstraße 50. 903

Grüne Heringe,
blutfrisch, heute angekommen, 2 Pfd.
zu 25 Pfg. empfiehlt Gottf. Kister,
Kurze u. Dönnabridersstr. Ecke. 976

Papier-Mützen!
Ausverkauf, spottbillig. Central-
Bazar, Arndtstraße 46. 963

Lippische
ff. Würst- und Brotwaren stets frisch
zu haben. G. Klarholz, Ravensberger-
straße 36. 965

Vollheringe,
allerbeste deutsche, kein minderwertiger
Schund, Duhend 55 Pfg. Kaufhaus
Wirtz, Kreuzstr. 29. 980

Handtasche
gefunden. Abgehoben Eggel 51. 1968

Holzarbeiter Verband
Bielefeld.
Freitag, abends 6 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-
Sitzung. 979

Herford. Herford.
Rindfleisch,
gute Ware, das Pfd. 60 u. 65 Pfg.,
sowie gutes 828
Kalb- u. Schweinefleisch
zu billigen Preisen.
Auch sämtliche Würstwaren
empfehlen zu billigen Preisen
Wilhelm Esch,
Schlachtermesser,
Radewigerstrasse 6.

Schleifer
zum sofortigen Eintritt
ge sucht. 990
10 tüchtige Schleifer, welche
auf Lentstangen gearbeitet haben,
lohnende Akkordarbeit, dauernde
Beschäftigung.

Metallwaren-Fabrik Ideal
G. m. b. H., Opladen (Rhld.).

Rechnungs-Formulare
liefert in sauberer Ausführung
prompt und billig
Buchdruckerei „Volkswacht“.

Westennäherin,
gebildet, sofort gesucht. Ehlentrupper-
weg 43 a l. 1957

Preis-Stat!
Sonnabend, 20. Februar, abends
9 Uhr, bei Heinrich Kaiser, „Dammer
Mühle“, Mühlentstraße. 986

Preis-Stat!
Sonnabend, 20. Februar, abends
8 1/2 Uhr, bei Brackhof, Hallerweg 105. 1961

Fahrrad
(Anker), gut erhalten, billig zu ver-
kaufen. Meierstr. 15, l. 975

Wohnung,
freundliche, von 4 Räumen mit Stall
und Land umgeben, halber 1. April
zu vermieten. Feldstr. 13, Sudbrad. 1953

Möbliertes
Zimmer mit 1-2 Betten zu ver-
mieten. Ehlentrupperweg 13, l. 1962

Zimmer,
möbliertes, mit oder ohne Kost zu
vermieten. Blumenstr. 15, 2 Treppen
links. 974

Dienstmädchen
frankenthaler per 1. April gesucht.
Frau Gustav Beckord, Gütersloher-
straße 28. 970

Kost
und Logis erhält junger Mann.
Hallerweg 7. 1924



Jeden Mittwoch u. Sonntag
Programmwechsel!

Biotophon-Theater

Niedernstr. 14.

Ausgewählter Spielplan
besonders geeignet für das Familien-Publikum.

Sensationell!

Der Schlager der Saison!

Im Schneesturm verloren.

Künstlerische Ausführung, originell; was die Wirklich-
keit der Szenen anbetrifft, unübertrefflich. 973

Neu!
Auf Besuch.
Humoristischer Schlager.

Neu!
Die Pflicht.
Ein hervorragendes Bild.

Wettkampf der Ammen.

Schlager! Neu!

Verschiedene Spiele.

Schlagert! Schlager!

Neu! Anonyme Briefe. Schlager!

Ein wunderbares Drama von feinsten Schönheit.

Nur nicht das Leben nehmen.

Neu! Eine entzückende Burleske. Schlager!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Bielefeld.

Sonntag, 21. Februar, vormittags 10 Uhr:
Außerordentliche
General-Versammlung
in der Centralhalle. 1966

Tagesordnung:
Stellungnahme zur Generalversammlung in Hamburg.
Einige zu stellende Anträge sind bis spätestens Sonnabend
abend dem Bureau schriftlich einzureichen.
Zu Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung erwarten
wir das Erscheinen aller Mitglieder.
Wegen der nachmittags stattfindenden Volksvorstellung
wird die Versammlung pünktlich eröffnet.
Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.
An den hiesigen Schulen ist zum 1. April d. Js. die
Stelle einer nicht voll beschäftigten technischen Lehrerin zu be-
setzen. Einkündigungen können auf Rathaus 1, Zimmer Nr. 4,
eingezogen werden. Bewerbungen sind umgehend einzureichen.
Herford, den 16. Februar 1909.
Stadtsekretariat.

Verichtigung.
Die Verdingung unseres
einzigen, innigstgeliebten,
unvergesslichen Sohnes u.
Bruders 1969

Wilh. Tiemeyer
findet am Sonnabend nach-
mittags nicht um 4 Uhr,
sondern um 3 1/2 Uhr,
vom Trauerhause, Bielefeld-
straße 29, aus statt. Vor-
feier daselbst um 3 Uhr.
Familie A. Tiemeyer.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme sowie für die
zahlreichen Kranzspenden bei der
Verdingung unseres lieben Ent-
schlafenen sagen wir allen Ver-
wandten, Freunden und Be-
kannten unsern innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
978

Ww. Krämer
nebst Kinder.

Verlobte

versäumen nicht,

Bettfedern und Daunen

im Engros-Hause von

988

F. Mertens

Bielefeld

Jahnplatz

zu besichtigen.

➔ **Allerbilligste Bezugsquelle.** ➔

Neu eingetroffen:

Gr. Sendung la. Böhm. Bettfedern u. Daunen.

Nr. 41.

Preuss.

Abgeord.

32. Sitzung vom Dienstag
Im Ministerialrat:
Auf der Tagesordnung:
Beratung der folgenden Anträge:
1. Antrag Dr. S. zu m.
beim Wahl der An-
vertrauensmännern
des Achtundzestages
2. Antrag von Joh.
Einführung von Ver-
die reichgeheiligte
3. Antrag S. zu m.
Einführung der Ver-
reichgeheiligte Regel-
4. Antrag S. zu m.
antwortschuldig der
besitzer und die Mit-
Grubenkontrolle.
Handelsminister Dr. A.
Geschehnisse regeln will.
Jahrzehnten und sind je-
äußeren Anlaß zu ihrer
Ratgeber ergeben. An sich
glücks von Ratgeber ermit-
irrelevant für die Bech-
deshalb auch darauf nicht
beabsichtigt eine andere
Verantwortlichkeit der Ver-
mungen haben sich bei der
als ausreichend erwiesen.
für die Gesamtheit des
beibehalten werden; aber
macht werden die ihm na-
Vorgehens des Betriebs-
lichkeit zugewiesen werden
Unterlassungen in den Ver-
ferner die Bestimmungen
der Qualifikation. Wenn
herige Entzungen der
entspricht doch das bisherige
dürfen. Die Bestimmung
sprechenden Bestimmungen
wird dadurch einerseits
Beteiligten alle notwendigen
schaffene technische Deputa-
entfalten bestehen, die von
werden, und zu einem
Von der technischen Deputa-
technischen Bearbeitung be-
wichtigste Frage ist die
werden für jede Grube aus-
leure gewählt, die das Red-
zu bejahen. Die Kosten
erlegt. Ähnlich ist das
die Kosten der Arbeitgeber
die Kontrollen vom Mi-
teigebener und Arbeiter.
Einfahren. Bei uns ha-
entwischen. Während in
handen war, herrichte bei
war für alles verantwort-
angegeben wurde, überna-
ben. Während in England
Kontrollen kommt, kommt
beamter auf 1430 Arbeit-
zustande soll im wesentl.
Revierbeamten sind durch
mehr als ihnen noch das
Im Saarrevier wurden die
aus den Kreisen der Arbeit-
vorher, daß ich mich noch
leure ausgesprochen hätte.
daß ich meine Ansicht da-
muss ich feststellen, daß ich
förmlichen Erfahrung ent-
Sache nachging, habe ich
Arbeitgebern und Arbeit-
waren. Jeder kleine häus-
über den Barbier, den Ge-
dort übertrieben dargestellt
nisse immer mehr zu. Die
Verbesserung des Verhält-
triebsverwaltung Arbeiter
hat sich als gangbar erw-
der Lage, mich von vorn
Belegschaft in Verbindung
gandenbildung vorgebeugt.
Meinung in Aufregung v-
überzeugt, wird es geling-
Belegschaft und den Betr-
eine Abkehr unserer Arbeit-
reichen, was alle Bemü-
hebung der Bergarbeiter
Wohlfahrt haben die Ver-
Sozialdemokratie, denn die
Forderungen vertritt. Die
Sozialdemokraten geworden
und treue Diener des Kön-
der um die Seele des ein-
will ich durch die Reinein-
nicht ausgenutzt werden
Manteln getroffen. Die
die sozialdemokratisch wäh-
und entgegenkommende Ho-
fen mit der Annahme die-
das mehr wiegen wird, a-
politischen Gelebe. Die
verlegen, wieder einen Re-
Teiles des deutschen Volk-
stimmung zu der Vorlage.
(liberalen)
Abg. Neuchelt (sonst)
der Belegschaft und der
sehr wichtig halten, wird
tört, die sich einmischen
zu übergeben sie gar nicht
Ich halte die Vorlage für
Wert bedeuten, wenn sie
gefühl aller im Bergwesen
den Arbeiterschieden
Die Einführung von Arbeit-
Experiment von großer
trolleure nicht ohne Begle-
Ich beantrage die Ueberw-

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 41.

Vielefeld, Donnerstag, 18. Februar 1909.

20. Jahrg.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

32. Sitzung vom Dienstag, 16. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerium: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Novelle zum Vergewaltigungsgesetz in Verbindung mit der Beratung der folgenden Anträge:

1. Antrag Dr. S. (Volk) u. Gen., betreffend die geheime Wahl der Knappschaftsältesten, die Einführung von Vertrauensmännern der Bergarbeiter und die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken.
2. Antrag Kronjohn (Dr. Sp.) u. Gen., betreffend die Einführung von Vertrauensmännern der Bergarbeiter und die reichsgerichtliche Regelung des Vergewaltigungsgesetzes.
3. Antrag J. (Dr. Sp.) u. Gen., betreffend die Mitwirkung der Bergarbeiter bei der Grubenkontrolle und die reichsgerichtliche Regelung der Verhältnisse der Bergarbeiter.
4. Antrag K. (Dr. Sp.) u. Gen., betreffend die Verantwortlichkeit der Bergwerksbetriebsbeamten und Betriebsleiter und die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Grubenkontrolle.

Handelsminister Dr. Delbrück: Die Fragen, welche der Gesetzgebung vorliegen, sind die Fragen der Bergverwaltung seit Jahrzehnten und sind jetzt als spruchreif zu betrachten. Den äußeren Anlaß zu ihrer Regelung hat das Unglück auf der Grube Raddob ergeben. An sich ist das, was über die Ursache des Unglücks von Raddob ermittelt ist und noch ermittelt wird, völlig irrelevant für die Beilagen, die hier zu fassen sind. Ich werde deshalb auch darauf nicht eingehen. Der erste Teil des Gesetzes beschäftigt eine anderweitige Regelung der bergpolizeilichen Verantwortlichkeit der Betriebsbeamten. Die jetzigen Bestimmungen haben sich bei der Ausdehnung der Betriebe nicht mehr als ausreichend erwiesen. Nach wie vor soll die Stellung eines für die Gesamtheit des Betriebes berufenen Betriebsführers beibehalten werden; aber daneben sollen auch verantwortlich gemacht werden die ihm nachgeordneten Beamten, und auch den Vorständen des Betriebsführers soll insoweit volle Verantwortlichkeit zugewiesen werden, als sie durch Anordnungen oder Unterlassungen in den Betrieb sich einmischen. Geändert sind ferner die Bestimmungen über die Erstellung und Entziehung der Qualifikation. Wenn auch die Zahl der Kurse gegen bisherige Entziehungen der Qualifikation sehr gering waren, so entspricht doch das bisherige Verfahren nicht den modernen Bedürfnissen. Die Bestimmungen sind geändert analog den entsprechenden Bestimmungen für die Marktscheider. Das Verfahren wird dadurch einerseits einfacher und andererseits erhalten die Beteiligten alle notwendigen Rechtsgarantien. Die neu geschaffene technische Deputation soll zu zwei Dritteln aus Interessenten bestehen, die von Arbeitgeber und Arbeiter gewählt werden, und zu einem Drittel vom Minister ernannt werden. Von der technischen Deputation sollen bestimmte Ausschüsse zur technischen Bearbeitung bestimmter Fragen gebildet werden. Die wichtigste Frage ist die der Grubenkontrolle. In England werden für jede Grube aus der Belegschaft heraus zwei Kontrolloren gewählt, die das Recht haben, einmal im Monat die Grube zu betreten. Die Kosten der Befahrung sind den Arbeitern aufzuerlegen. Ähnlich ist das Verfahren in Frankreich, nur daß dort die Kosten die Arbeitgeber zu tragen haben. In Belgien werden die Kontrolloren vom Minister ernannt auf Vorschlag der Arbeitgeber und Arbeiter. Das belgische Institut entspricht unseren Einfahrgen. Bei uns haben sich die Verhältnisse ganz anders entwickelt. Während in England völlige Bergbaufreiheit vorhanden war, herrschte bei uns das Direktionsprinzip; der Staat war für alles verantwortlich. Als dann das Direktionsprinzip aufgegeben wurde, übernahm der Staat die Kontrolle der Gruben. Während in England auf 23 000 Arbeiter ein staatlicher Kontrollor kommt, kommt in Preußen ein staatlicher Kontrollor auf 1430 Arbeiter. (Hört, hört! rechts.) An diesem Zustande soll im wesentlichen nichts geändert werden. Unsere Betriebsbeamten sind durchaus zur Kontrolle qualifiziert, um so mehr als ihnen noch das Recht der Einfahrt zur Seite steht. Im Saarrevier wurden dann Versuche mit Grubenkontrolloren aus den Kreisen der Arbeiter gemacht. Man hat mir vorgebracht, daß ich mich noch vor 3 Jahren gegen Arbeiterkontrolloren ausgesprochen hätte, und hat mich gefragt, ob mir denn nicht das Unglück von Raddob so in die Glieder gefahren sei, daß ich meine Ansicht darauf geändert hätte. Demgegenüber muß ich feststellen, daß ich bei Antritt meines Amtes jeder persönlichen Erfahrung entbehre. Nachdem ich dann selbst der Sache nachgegangen, habe ich festgestellt, daß die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter außerordentlich lose geworden waren. Jeder kleine häusliche Streit über den Arbeiterlohn, über den Barbier, den Gastwirt ging in die Presse und wurde dort übertrieben dargestellt. Dadurch spitzten sich die Verhältnisse immer mehr zu. Daher kam ich auf den Gedanken, zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Belegschaft und Betriebsverwaltung Arbeiterkontrolloren zu schaffen, und der Weg hat sich als gangbar erwiesen. Ich war bei Unglücksfällen in der Lage, mich von vornherein mit den Vertrauensleuten der Belegschaft in Verbindung zu setzen, und damit war jeder Lebensbildung vorgebeugt, die wieder in Raddob die öffentliche Meinung in Aufregung versetzt hat. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird es gelingen, bessere Beziehungen zwischen Belegschaft und den Betriebsverwaltungen herbeizuführen und eine Abkehr unserer Arbeiter von der Sozialdemokratie zu erreichen, was alle Bemühungen der materiellen und sozialen Hebung der Bergarbeiter nicht vermocht haben. Alle diese Vorklatschen haben die Arbeiter angenommen als Erfolge der Sozialdemokratie, denn die Sozialdemokratie ist es, die alle ihre Forderungen vertritt. So ist ein großer Teil der Arbeiter zu Sozialdemokraten geworden, obgleich sie durchaus deutsch fühlen und treue Diener des Königs sind. Wir müssen versuchen, wieder um die Seele des einzelnen Mannes zu kämpfen, und das will ich durch die Neueinrichtung erreichen. Sie wird politisch nicht ausgenutzt werden können, dagegen sind die erforderlichen Mauten getroffen. Die Maßnahme wird von vielen Arbeitern, die sozialdemokratisch wählen, aber deutsch denken, als freundliche und entgegenkommende Handlung angesehen werden. Sie schaffen mit der Annahme dieser Vorlage ein sozialpolitisches Werk, das mehr wiegen wird, als so manches unserer großen sozialpolitischen Gesetze. Die Neueinrichtung wird uns in die Lage versetzen, wieder einen Weg zu finden zu der Seele eines großen Teiles des deutschen Volkes. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zu der Vorlage. (Bravo! rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. J. (Dr. Sp.): Das gute Einvernehmen zwischen der Belegschaft und der Betriebsverwaltung, das auch wir für sehr wichtig halten, wird leider immer wieder durch Leute gestört, die sich einmischen in die Verhältnisse des Betriebes, die zu überheben sie gar nicht in der Lage sind. (Sehr richtig! rechts.) Ich halte die Vorlage für einen Fortschritt. Sie wird ein gutes Werk bedeuten, wenn sie dazu führt, das Verantwortlichkeitsgefühl aller im Bergwesen tätigen Elemente zu verfestigen. Von den Arbeiterausschüssen verpfordern wir uns nicht allzu viel. Die Einführung von Arbeiterkontrolloren halten wir für ein Experiment von großer Tragweite. Jedenfalls dürfen die Kontrolloren nicht ohne Begleitung von Grubenbeamten einfahren. Ich beantrage die Überweisung der Vorlage an eine Kommission

von 21 Mitgliedern. Die Anträge auf reichsgerichtliche Regelung des Vergewaltigungsgesetzes lehnen wir rundweg ab. (Bravo! rechts.)

Abg. J. (Dr. Sp.): Die abfällige Kritik der sozialdemokratischen Presse an dieser Vorlage ist unberechtigt, innerlich unwahr und anmaßend im Ton. Wir begrüßen das Gesetz als großen Fortschritt. In der Kommission werden wir versuchen, es noch zu verbessern. Daß eine größere Sicherheit im Bergwerksbetriebe notwendig ist, beweist die Tatsache, daß in den Jahren 1885—1907 23 870 Vergewaltigte tödlich verunglückt sind. (Hört, hört!) Durch Anstellung weiterer Kontrolloren mit Beamtencharakter werden die Verhältnisse nicht besser werden. Schon heute ist die Zahl der Beamten außerordentlich groß. Es fehlt an Männern, die noch in praktischer Grubenarbeit stehen und ihre Kenntnisse bei der Grubenkontrolle verwerten können. Die Kommission will die Vorlage ablehnen und ich halte sie als vollkommen dafür geeignet. Doch wäre zu erwägen, ob nicht das Alter für die Wahlbarkeit auf 25 Jahre herabzusetzen und der Kreis der Wahlberechtigten zu erweitern ist. Weiter sollten auch unvorhergesehene Revisionen eingeführt werden. Daß der Arbeiterkontrollor nur in Begleitung eines Grubenbeamten einfährt, halten wir nicht für notwendig. Gegen die politische Betätigung von Sicherheitsleuten sind die Arbeiter selbst, wie ich vernehmen kann. Der Sicherheitsmann wird auch zur politischen Betätigung gar keine Gelegenheit haben. Man sollte ihm möglichst freie Bewegung geben. Es kommt immer wieder vor, daß Arbeiter, welche Grubenbeamten Mitteilung über Mißstände machen, gemahregelt werden. (Hört, hört!) Schon deshalb ist es geboten, daß der Sicherheitsmann ohne amtliche Begleitung einfährt. Dem Sicherheitsmann muß möglichst weitgehender geistlicher Schutz zur Seite stehen, auch gegenüber den Grubenbeamten, die sich vor der Staatsautorität zu beugen haben. Verdächtig ist, daß die Schürmacher im Ruhrrevier für die sozialdemokratische Forderung der Arbeiterkontrolloren eintreten. (Hört, hört!) Was die neue Einrichtung der Bergbaudeputation anlangt, so sollten auch die wirtschaftlichen Vertretungen der Bergarbeiter und Beamten ihre Vertreter in diese Deputation entsenden können. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. J. (Dr. Sp.): Der vorliegende Gesetzentwurf betrifft die beteiligten Kreise nicht. Nach dem Grundgedanken der Vorlage liegt in der Mitte, wäre das ja ganz richtig. Der Entwurf ist aber nach dem Wort gemacht: Was mir den Kopf, aber nach nicht nach. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was die Aufsichtsberechtigten anlangt, so muß geprüft werden, ob der Geschäftsbereich, der einer Person übertragen wird, nicht zu groß wird, so daß sie überhaupt nicht in der Lage ist, die Verantwortlichkeit zu tragen. Angenommen ist die Regelung der Qualifikation. Nur ist es außerordentlich kleinlich, daß der Beamte, der gegen die Entziehung der Qualifikation den Instanzenweg beschreitet, im Falle der Ablehnung die Kosten zu tragen haben soll. Die Steiger fordern eine Regelung der Ankerentnis in der Weise, daß das Zeugnis der Vertikalen zur Anstellung genügen soll. Allerdings ist dann notwendig, daß die Schulen eine staatliche Qualifikation erhalten. Es liegt kein Grund vor, diesem Verlangen der Steiger nach nachzukommen. Wir begrüßen ferner die Verantwortlichkeit der bis jetzt Nicht-verantwortlichen. Aber diese Bestimmungen werden nur dann von praktischem Werte sein, wenn ein Unfall eingetreten ist. Deshalb wäre zu bestimmen, daß die Beauftragten nicht verpflichtet sind, die Anordnungen auszuführen, die gegen geistliche Vorschriften der Bergpolizei verstoßen. Dann ist jede Möglichkeit ausgeschlossen, daß die unteren Beamten erklären, sie müßten infolge der wirtschaftlichen Abhängigkeit solche unmöglichen Anordnungen ausführen. Mein Vernehmen muß ich darüber ausdrücken, daß die preussische Regierung erst jetzt im Jahre 1909 die Verhältnisse der Beamten so regeln will, wie es bei den Verwaltungen, Techniken in der Gewerbeordnung schon 1900 geschehen ist. Natürlich geht es in Preußen nicht ohne Verschlechterung ab, und so hat man die Bestimmung, die der Reichstag bezüglich der Anrechnung der Krankheitsstage bei den Handlungsgehilfen getroffen hat, nicht angenommen. — Die Vorlage hat bei einem Teil der Unternehmer Entgegen, bei den Bergarbeitern Entschlossenheit hervorgerufen. Die Arbeiter verlangen seit langen Jahren Arbeiterkontrolloren. Jetzt sollen sie jenen Sicherheitsmännern erhalten, die von der Bergarbeiterzeitung bereits den Namen Unfallsicherheitsmänner bekommen haben. Es ist unerfindlich, warum diese berechtigten Forderungen der Arbeiter auch heute, nach all den Unglücksfällen, durch die Vorlage absolut noch nicht erfüllt werden. Es handelt sich doch lediglich darum, Schutz für Leben und Gesundheit der Vergewaltigten zu schaffen, und um nichts weiter. Die Vergewaltigten wollen selber kontrollieren, ob alles getan ist, damit sie ohne Gefahr in der Grube arbeiten können. Sie wollen, daß die Mißstände, die sie finden, abgestellt werden. Denn ihre Gesundheit, ihre Familie, ihre Lebensfreude ist es, um die es sich hier handelt, und nicht die Gewinne der Kapitalisten kommen in Betracht. Ich bezeichne nicht, wie man diese berechtigten Forderungen der Arbeiter ablehnen kann, denn einer Ablehnung kommt die Vorlage gleich. Ein Unterschied in der Beurteilung dieser Frage besteht bei den Bergarbeitern überhaupt nicht. Sie erheben allgemein dieselben Forderungen angeht der fortgeschrittenen Unfälle. Das Alter der Bergarbeiter ist zurückgegangen, das hat der Handelsminister selbst festgestellt. Nach seinen Ziffern ist das Lebensalter der Vergewaltigten zurückgegangen beim Bochumer Knappschaftsverein seit dem Jahre 1891—1906 um 7,4 Jahre von 49,1 auf 41,7 Jahre (Hört, hört!), beim Saarbrücker Knappschaftsverein von 51,2 auf 44,5 Jahre. Nach diesen Ziffern stellen kann man unbedingt sagen, derartige Tatsachen, die weiter auch schon in den Unfallschiffen zum Ausdruck kommen, erzeugen mit Recht die Veranlassung zum Vergewaltigten Arbeiter. In Belgien entfielen auf je 10 000 Vergewaltigte an tödlichen Unfällen 1886 bis 1890 17,5; 1901 bis 1905 nur noch 10,4; in Frankreich von 1886 bis 1890 21,1; 1901 bis 1905 nur noch 10,9. In Großbritannien kamen tödliche Unfälle vor von 1886 bis 1890 18,3; 1901 bis 1905 nur noch 13. In Preußen aber kamen vor in dem Zeitraum von 1886 bis 1890 26,4 tödliche Unfälle auf 10 000 Vergewaltigte, und 1901 bis 1905 waren es 19,8. (Hört, hört!) Angesichts solcher Zahlen sollten Sie doch den Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter aufgeben, und auch angesichts der Feststellung der Unfälle selbst. 1893 war der Anteil der Arbeiter an der Schuld bei den Unfällen 46 Prozent, 1907 nur noch 31,4 Prozent. Die Schuld der Arbeiter ist also erheblich zurückgegangen. Die Gefährlichkeit der Betriebe liegt von 53 auf 68 Prozent. (Hört, hört!) Dazu kommt, daß jetzt im Bergbetriebe eine große Anzahl Arbeiter zur Ausschleife beschäftigt werden, viele Arbeiter werden aus anderen Gründen hinausgeworfen, die vom Vergewaltigten keine Abnung haben und die Betriebsunfälle erhöhen. Auch die Krankheitsstage haben eine fortgesetzte Steigerung erfahren. Im Jahre 1887 betrugen sie 6,57; im Jahre 1891 6,73; 1896 7,62; 1901 8,47 und 1906 9,71. Sie sind also um nahezu 50 Prozent gestiegen. Auch die Krankheitsfälle selbst sind gestiegen. Das alles wissen die Arbeiter, sie lesen es, sie hören es am eigenen Leibe, und wenn sie auf Abhilfe drängen, sollte es dankbar anerkannt werden, daß sie selbst Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheit in den Betrieben bringen. Statt dieser Anerkennung erfahren sie aber Ablehnung ihrer Wünsche. Es wird hervorgehoben, daß die staatliche Aufsicht eine so außerordentlich große ist. Mit Recht sagt aber die Regierung in der Begründung der Vorlage, daß eine Vermehrung der staatlichen Aufsicht ganz unmöglich ist. Wenn das der Fall ist und trotzdem die Unfälle fortgesetzt steigen

und der Gesundheitszustand zurückgeht, müssen doch andere Maßnahmen ergriffen werden. (Sehr wahr!) Die Arbeiter wissen genau, wie der staatliche Aufsichtsbeamte heute in der Grube betrogen wird und sie haben gegen die staatlichen Beamten das allerheftigste Mißtrauen. Sie wissen, daß diese Beamten gar nicht unabhängig sein können. Das hat auch Herr Gotheim im Reichstag bestätigt. Auch der Bürgermeister Cuno aus Hagen hat auf der Generalversammlung für soziale Reformen gesagt: „Ich weiß, daß die Bergarbeiter ein gewaltiges Mißtrauen gegen die Staatsbeamten hegen und das entspringt aus dem Wissen, in welchem sie diese Herren sich ständig bewegen sehen. Daß sie hinübergehen in die Privatindustrie und hineinheiraten in die Kreise der Bergwerksbesitzer, bringt die Vergewaltigten zu der Ansicht, daß diese Herren vielmehr das Interesse der Unternehmer wahren, als das Interesse der Arbeiter.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Auch zu den Einfahrgen haben die Bergarbeiter kein Vertrauen, weil diese sich nach allen möglichen Dingen erkundigen, die sie garnicht angehen, z. B. nach dem Gedinge, und weil sie immer die Güte und die Härte der Direktion loben. — Die staatliche Aufsicht ist vollkommen unzulänglich. An gefährliche Betriebsstellen werden die Beamten überhaupt nicht hingeführt, die Stellen werden zugemogelt usw. Das sehen und wissen doch die Vergewaltigten. Sie arbeiten am Tage vorher darin, am Morgen kommt die Mitteilung: Jetzt kommt der Aufsichtsbeamte, schnell die Geschichte zumachen, und nachher geht das Arbeiten an derselben Stelle wieder weiter. Da ist es doch nicht wunderbar, daß die Arbeiter auf höchste Erbitterung werden über eine solche Irreführung der Aufsichtsberechtigten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wollten sie es merken, so würden sie ohne weiteres aus dem Betriebe hinausziehen, dann kommen sie auf die staatsanwaltlich geführten schwarzen Listen und können verhungern. Im Bergwerksbetriebe herrscht bekanntlich die brutale rücksichtslose Kapitalistenwirtschaft. Dieser Kapitalistenmangel ist nicht nur mächtig gegenüber den Arbeitern, sondern, was das Wichtigste ist, auch außerordentlich mächtig gegenüber der Regierung und der Vergewaltigten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dieser furchtbare Druck der Vergewaltigten äußerte sich auch in der Gesetzgebung darin, daß man im Jahre 1905 in dem Gesetze nach dem großen Streik die Arbeiter so hochvoll behandelt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Beamten, die ihr Amt ernst nehmen, haben die Arbeiter dringend aufgefordert, doch ja nicht mit ihren Forderungen nachzulassen und bei der Beirathung durch den Handelsminister alles zu sagen; sie selbst konnten es nicht wagen. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Handelsminister konnte ja, wenn er wollte, aus der Konkurrenz Einzelheiten erzählen, wie die Kapitalisten mit ihm umspringen. (Hört, hört! bei den Soz.) Soll ich darauf hinweisen, wie es dem Minister v. Hammerstein gegangen ist, als er aus Anlaß des Streiks in das Ruhrgebiet kam! Diese Regierung über der Regierung muß unbedingt eingeordnet werden. Das Vertrauen der Bergarbeiter in die Unparteilichkeit der Bergbehörden ist verschwunden und es wird sehr schwer werden, es wieder zu gewinnen. Die Forderung der Vergewaltigten ist keine preussische, sondern wird erhoben von den Bergarbeitern der ganzen Welt. Der internationale Bergarbeiterkongress in Paris hat noch im vorigen Jahre folgende Resolution beschlossen: „Die großen Grubenkatastrophen der letzten Jahre haben wieder die großen Mängel der Grubenkontrolle bewiesen. Nur in der Anstellung von Grubenkontrolloren aus den Kreisen der praktischen Bergarbeiter ist eine wirksame Reform der Bergwerkskontrolle zu erblicken. Diese Inspektoren müssen von Arbeitern gewählt, aus Staatsmitteln beider werden und das Recht haben, so oft sie wollen oder die Arbeiter es verlangen, die Betriebe zu inspizieren.“ Auch auf dem Bergarbeiterkongress in Berlin waren sich die Arbeiter völlig einig, es wurde eine reichsgerichtliche Regelung gefordert, wodurch die volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Arbeiterkontrolloren gesichert werde. Es heißt in der Resolution: „Um die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und ständige Aufsicht zu ermöglichen, ist es nötig, daß die Kontrolloren nicht im Arbeitsverhältnis zu den Gruben stehen, und daß sie von den Arbeitern in geheimer und direkter Wahl gewählt werden, sowie daß sie allein zu jeder Zeit die Grube betreten können.“ Man behauptet, es handle sich um die Forderung sozialdemokratischer Arbeiterkontrolloren, die sozialdemokratische Agitation betreiben sollen. Davon ist keine Rede. Würde diese Behauptung außerhalb des Hauses aufgestellt, so müßte ich sie als bewusste Verdrehung der Wahrheit bezeichnen. (Hört, rechts.) In der Vorlage sagt die Regierung auch nicht ein Wort darüber, warum sie denn eigentlich nicht die Forderung der Vergewaltigten erfüllen will. Es ist das eine souveräne Mißachtung der Arbeiterwünsche (Sehr wahr! bei den Soz.); Forderungen der Arbeiter würde die Regierung nicht so übergehen, sondern würde sie erfüllen. Die „Bergwerkssetzung“, also das Organ der Unternehmer, bezieht das Vorgehen der Regierung sogar als unanständig, weil sie es nicht für notwendig gehalten habe, die Vorlage den beteiligten Kreisen zur Ausrückung vorzulegen. Man hat nur einen ganz kleinen Kreis von Beteiligten zusammenberufen, ist aber über die schwerwiegenden Bedenken der Betragten zur Tagesordnung übergegangen. In der Tat ist das Gebot nur mehr eine Halbheit. Wenn man die Kontrolle durch Arbeiter als unbedingt notwendig anerkennt, warum ziert man sich dann, fortgesetzt die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Sie kommen ja doch nicht um diese Erfüllung herum. Nur werden sich die Arbeiter fragen, es muß wieder ein großes Massenunfall passieren, ehe man ihren Forderungen entgegenkommt. Der Handelsminister hat selbst gesagt, daß den anderen Anlaß zu diesem Gesetz das Unglück in Raddob gegeben hat. Zur Verbesserung dieses Gesetzes würde dann wohl wieder einmal der äußere Anlaß ein solches Unglück sein müssen. Dadurch erbittern Sie ja nur die Vergewaltigten und zwingen sie dazu, sich ihr Recht selber zu erkämpfen auf eine Weise, die ihnen dann jedenfalls sehr unangenehm sein wird. Die Begründung der Vorlage bedeutet eine einzige Anklage gegen die Regierung, sie beweist, daß man seit den 70er Jahren nichts getan hat, um der zunehmenden Entwicklung der bergbaulichen Verhältnisse entsprechend der ständigen Gefahrendermehrung entgegenzutreten. Eine Kommission, die die Regierung nach England, Frankreich und Belgien geschickt hatte, hat durchaus nicht ungünstig über die Erfahrungen mit Arbeiterkontrolloren berichtet. Warum verweigert man trotz dieser günstigen Berichte aus dem Jahre 1898 heute noch den Arbeitern die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche. Statt dessen hat man in das neue Gesetz alle diese schlagenden Bestimmungen von 1905 hineingekommen. Dabei lag gar keine Notwendigkeit eines behördlichen Eingreifens gegen die Arbeiterausschüsse vor, denn kein Arbeiterausschuss hat seine Befugnisse überschritten. Wie ist es mit den Arbeitern, die auf die schwarze Liste gestellt sind? Sollen diese nicht wählen und nicht gewählt werden dürfen? Mit welchem Recht gibt man den Bergwerksbesitzern das Recht, die Mitglieder der Bergarbeiterauschüsse zu ernennen? Woher sollen z. B. die Bergarbeiter 8 Vertreter und die Bergwerksbesitzer 7 Vertreter wählen können? Nennen Sie das etwa einen Bergarbeiterauschuss? (Sehr gut! bei den Soz.) Streichen Sie doch solche Bestimmungen, solche Machtbefugnisse, die hier garnicht am Platze sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Ausschuss hat doch nicht das Interesse der Besitzer, sondern der Arbeiter zu vertreten. (Sehr richtig!) Das Gesetz wird zur Folge haben, daß die Arbeiterausschüsse schließlich nur aus Sicherheitsmännern bestehen. Dann bedeutet aber diese Vorlage nicht eine

Verbesserung des Arbeiterauschusses, sondern eine Verschlechterung, denn dann müssen ja die Bergarbeiter vor vornherein nur Sicherheitsmänner in den Ausschuss wählen. Diese Bestimmungen, die darauf hinauslaufen, die Rechte des Arbeiterauschusses zu beschneiden, müssen wir unbedingt ablehnen. Es ist schon darauf hingewiesen, daß die Arbeiter gewählt hätten, im Saarrevier werden in die Ausschüsse die größten Voten gewählt. Warum sollen Sie nicht nach einem Grund dafür? Wenn das richtig ist, beweist es doch, daß die ganze Einrichtung für die Sache ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nach der Vorlage sollen die Sicherheitsmänner, wenn sie die Grube im Monat mehr als einmal befahren wollen, die Gründe dafür der Bergverwaltung vorher mitteilen und durch besondere Tatsachen stützen. Das bedeutet doch in der Praxis, daß eigentlich eine nochmalige Befahrung vollkommen ausgeschlossen ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn also Gefahr vorhanden ist und die Bergverwaltung verweigert die nochmalige Befahrung, dann muß man warten, bis der Revierbeamte kommt! Wie denken Sie sich die Durchführung dieser Bestimmungen eigentlich praktisch? Wie soll der Arbeiterauschuss zusammenberufen werden? Er könnte doch bloß zusammengerufen werden, wenn er einen vom Ausschuss gewählten Vorstehenden hat. Soll etwa die Einberufung durch den Direktor geschehen? (Weiterheit bei den Soz.) Warum alle umständlichen Bestimmungen? Die Arbeiter müssen das Recht haben, den Sicherheitsmännern zu sagen, wo etwas nicht in Ordnung ist. Die Sicherheitsmänner sollen nur hinhinunterfahren in Begleitung eines Aufsichtsbeamten. Die Vorlage begründet das damit, daß die Sicherheitsbeamten nicht in Gefahr kommen sollten. Diese Sorge ist übertrieben. Da müßten ja die Einfahrer auch Gefahr laufen! Wozu also diese Begleitung? Das Wichtigste für die Staatsregierung ist offenbar, was in der Begründung im zweiten Satz kommt, daß nämlich den Bergbesitzern das Recht zugestanden werden müsse, darüber zu wachen, daß der Sicherheitsmann sich innerhalb seiner Befugnisse halte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Da kommt die Sorge für den Bergbesitzer zum Ausdruck, die Sorge für den Arbeiter ist viel geringer. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Bergbesitzer sollen überwachen, die Arbeiter aber nicht! Man kann angedacht solcher Tatsachen gar nicht davon reden, daß man hier mit ehrlichem Willen an die ganze Gesetzgebungsmaterie herangeht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nach der Begründung soll der Sicherheitsmann die Arbeiter befragen können. Warum schreibt man das nur in die Begründung, nicht in das Gesetz? Weil man das nicht gesetzlich festlegen, sondern der Arbeitsordnung überlassen will. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Sicherheitsmann soll nicht befugt sein, über Lohnforderungen Fragen zu stellen. Wäre es nicht sehr nötig, daß der Sicherheitsmann, wenn er einmal sieht, daß Raubbau getrieben wird, fragen kann: „Wieviel Lohn bekommt ihr?“ Auf diese Weise kann er doch die Ursachen für die Gefahr am besten finden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn man ihm verbietet, über Lohnforderungen zu sprechen, dann muß ihm doch auch verboten werden, über Kriegervereine und Dinge zugunsten der Unternehmer zu sprechen! (Sehr wahr! bei den Soz.) Weiter soll der Sicherheitsmann nur bei schweren Unfällen herangezogen werden. Warum werden ihm denn auf Schritt und Tritt Steine in den Weg gelegt, über die er nicht hinwegkommen kann? (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn man ihm doch die Befugnisse fordert, die der Arbeiter um ihre berechtigten Forderungen zu bringen, schlägt sich die Regierung in der Begründung der Vorlage mit ihren eigenen Argumenten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Bestimmungen, welche zur Sicherung der Sicherheitsmänner wegen Entlassung getroffen sind, reichen nicht aus. Der Willkür der Unternehmer ist keine Schranke gesetzt. Die Unternehmer können den Sicherheitsmann in ein anderes Revier versetzen ohne Zustimmung der Wähler. Der Sicherheitsmann kann ruhig entlassen werden. Erst nachher wird darüber beraten, ob er mit Recht oder Unrecht entlassen ist. Wenn ein solcher Sicherheitsmann nun in eine Versammlung der Bergarbeiter geht, und auffordert, alle Mißstände bekannt zu geben und eine nochmalige Befahrung zu verlangen, soll dann der Bergwerksbesitzer sagen können, der Sicherheitsmann habe seine Tätigkeit zu Zwecken „mißbraucht“, die mit seinem Arbeitsplan nicht in Zusammenhang ständen? Es braucht ja garnicht einmal ein sozialdemokratischer Sicherheitsmann zu sein — die christlichen Gewerkschaften sind ja bei den Unternehmern ebenso wenig geschätzt, wie die sozialdemokratischen und die polnischen. Man sagt, der Sicherheitsmann solle aufläuternd wirken, warum soll er nicht überall aufläuternd wirken? Eine weitere Verschlechterung der Vorlage gegenüber den Grundrissen, welche die Regierung der Sachverständigenkommission vorgelegt hat, ist, daß die Entlassung nur für das erste Jahr beschränkt ist. Warum nicht auf die ganze Dauer seiner Tätigkeit? Wenn sich der Sicherheitsmann zum Nutzen der Arbeiter eingearbeitet hat, kann ihn der Grubenbesitzer hinauswerfen, wie jeden anderen Arbeiter! Das ist doch eine Verletzung der Wähler, die den Mann für die ganze Dauer der Zeit gewählt haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Bergrevierbeamte soll von dem Ausschuss unterzucht werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Revierbeamte soll „befugt“ sein, die Gründe der Entlassungen zu untersuchen. Warum soll er nicht „verpflichtet“ sein? Warum sagt man nicht hinzu, daß der Entlassene die Wiedereinstellung verlangen kann? Der Sicherheitsmann muß unfähig sein. Er darf nur entlassen werden von denjenigen, die ihn gewählt haben, er darf nicht entlassen werden, wenn er das Vertrauen seiner Wähler nicht verloren hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dagegen müßte der Sicherheitsmann entlassen werden, der nicht mehr das Vertrauen der Arbeiter besitzt. Es muß unbedingt auch bestimmt werden, daß der Staat die Sicherheitsmänner bezahle. Ganz unnötig ist die Bestimmung, daß die Zeit der Wahl ins Verleben der Bergbesitzer gestellt ist. Das läuft darauf hinaus, daß nur alle fünf Jahre gewählt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ferner muß geordnet werden, ob etwa der Sicherheitsmann seine Eintragungen in das Jahrbuch unter der Aufsicht des begleitenden Beamten machen soll. Das muß auf alle Fälle verhindert werden. Es muß ferner eine Strafe festgelegt werden für den, der den Sicherheitsmann hindert, seine Wahrnehmungen in vollem Umfange einzutragen. Bei dem Prozeß des Bergreviers gilt gegen den Bergarbeiter Krümer haben wir es ja erlebt, daß der Obersteiger gesagt hat: „Das kommt nicht hinein!“ (Hört, hört! bei den Soz.) Für den Arbeiterauschuss hat das Jahrbuch keine große Bedeutung, wohl aber für den Arbeiter. Die Arbeiter müssen verlangen, daß das Buch offen liegt. In Frankreich ist das schon seit 1898 Gesetz. Das könnte Deutschland 1909 doch wohl auch einführen! (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Befugnisse selbst muß sich doch wohl überzeugen können, ob der Sicherheitsmann die Mißstände, die er sehen mußte, eingetragen hat. Ich komme zu den politischen Momenten! Die Arbeiter haben nie daran gedacht, diese Ausschüsse politisch auszunutzen. Die Bergarbeiter aller Richtungen sind in der Frage der Arbeiterkontrolle einig. Der Bergarbeiterkongress in Berlin war zwar von dem christlichen Verbande nicht beizutreten, aber in seinem Organ erklärt, daß er alle Forderungen des Kongresses schon wiederholt erwogen habe. Glauben Sie, daß die Christlichen oder die Christ-Underschieden ihre Zustimmung gegeben hätten, wenn eine politische Ausschließung für uns gewollt wäre? Nach mir wird Dr. Friedberg reden. Ich nehme an, daß er auf eine Aeußerung meines Genossen aus dem Jahre 1906 eingehen wird. Damals hat aus geschrieben: Die englischen Unfallkassen sind ständig gefüllt und stehen 60 Prozent tiefer als die deutschen. Ich will einen Irrtum hier aber beseitigen. Die Arbeiterkontrollen haben weniger Verdienst an der Verbesserung, als wir in Deutschland gemeinlich annehmen. (Hört, hört! rechts.) Soweit hat die Rheinisch-Westfälische Zeitung den Bericht veröffentlicht. Sie hört aber gerade an der Stelle auf, wo er am wichtigsten ist. (Weiterheit.) Aus fährt nämlich fort: „Die Arbeiter können in England diese Kontrollen auf ihre Kosten bestellen. Von diesem Rechte wird aber vielfach kein Gebrauch gemacht, wobei trotzdem die günstige Unfallkassen? Wo die Belegschaften organisiert sind, da nehmen, wenn die Betriebsleitung Mißstände nicht abschafft, die Organisationsvertretungen

die Sache in die Hand. Diese begibt sich zur Betriebsführung und veranlaßt Abstellung. So sind die Arbeiterorganisationen das beste Unfallverhütungsmittel. Merkt's auch, Kameraden! (Sehr gut! bei den Soz.) Also mit dem Hinweis auf unsere Genossen aus ist es nichts! Die politische Frage ist erst hier im Hause aufgeworfen. Ich will auch der Sache gleich die Schelle umhängen! Wenn Sie „politisch“ sagen, dann meinen Sie „sozialdemokratisch“. Das ist nur ein Bannwort, der aufgestellt wird. Nur politische Rindstöße können annehmen, daß die Sozialdemokraten die Institution der Arbeiterkontrollen für sich benutzen könnten. Die Brutalität der Bergbesitzer liefert uns viel bessere Waffen. Wenn Sie die Frage parteipolitisch betrachten, so werden Sie immer den Kürzeren ziehen! (Sehr wahr! bei den Soz.) Nach den Ausführungen des Ministers schien es mir aber, als ob er sich diese Einrichtung als ein Mittel gegen die Sozialdemokratie gedacht hat. Das bestätigt doch, daß Humanität nicht vorhanden ist. Nicht sie ist also der Grund für dieses Gesetz, sondern die Furcht vor der Sozialdemokratie. Sagen Sie doch öffentlich, daß Sie Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht wirklich schützen wollen, weil diese Sozialdemokraten sind. (Widerpruch rechts.) Selbst die deutsche „Bergwerkszeitung“ hat sich neuerdings für Arbeiterkontrollen ausgesprochen, wie wir sie wollen, nur hat sie mit Recht gefordert, daß der Staat sie bezahle. Ich frage den Minister: Sind das auch Demagogien, die die schlechten Eigenschaften aufzuwählen? Ich muß meine Verwunderung über die Haltung des Zentrums ausdrücken (Barnie des Abg. Bruntz); ach, reden Sie doch nicht von Verbesserungen. Sie sollten lieber Ihre Ausdrücke so einrichten, daß Sie nicht ertappt werden. (Weiterheit.) Früher haben Sie selbst erklärt, daß für Sie eine solche Vorlage unannehmbar sei. (Barnie des Abg. Bruntz.) Wir wollen uns doch nicht auf Abolententnisse einlassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Etwas, der Vorherrscher der Siebener Kommission, hat am 20. November in Hannover gesagt, wenn die Hoffnungen der Arbeiterkraft getäuscht würden, würde sich ein Kampf abspielen, wie ihn die Welt noch nicht gesehen habe, wenn auch das Erwerbsleben der Nation dadurch um Jahrzehnte zurückgeworfen werde. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Anträge, welche eingebracht sind, sind so vorsichtig gefaßt, daß man mit der Eleganz eines Seiltänzers hindurchkommen kann. Wenn die Mitte glaubt, die Arbeiter würden mit solchen Gesetzentwürfen zufrieden sein, so irrt sie sich. Nach der letzten Rede des Ministers haben die Freireisenden einen Antrag eingebracht, der genau formuliert war, wie die Vorschläge des Ministers. Bei den guten Beziehungen, die zwischen der Regierung und dieser Partei bestehen, wird man annehmen dürfen, daß die Freireisenden nicht wegen Diebstahls geistigen Eigentums zur Verantwortung gezogen werden! (Weiterheit.) Dieses Haus hat alle Ursache, sich das Vertrauen der Bergleute zu erwerben. Auch die christlichen Bergleute sind der Überzeugung, daß ihnen das letzte Bergarbeitergesetz nur seine statt Brot geboten hat. (Abg. Bruntz [Hr.]: Einzelne „Freireisende“ Herr Bruntz, Sie stehen in keinem guten Ruf bei Ihren früheren Kollegen, weil Sie sich wiederholt in Widerspruch mit den christlichen Bergleuten gesetzt haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein christlicher Arbeitersekretär hat erklärt: „Der Bergarbeiter, der vom preussischen Landtag noch etwas erwartet, ist unrettbar verloren!“ (Hört, hört! bei den Soz.; Abg. Bruntz: Wo?) In einem Flugblatt vom März 1908. Wollen Sie den Forderungen der Arbeiter gerecht werden, dann sind wir zur Mitarbeit durchaus bereit. Wir werden aber nicht stehen bleiben bei dem, was die Regierung hier vorschlägt. Wir müssen uns auch befähigen mit der Ausübung der Schlichtung, mit dem sanitären Arbeitsamt usw. Es wäre für dieses Haus eine Kleinigkeit, die Regierung zu drängen, den Forderungen der Arbeiter nachzukommen. Sie braucht noch nicht einmal so aufzutreten, wie die Bergbesitzer der Regierung gegenübergetreten sind. Wollen Sie die Regierung nicht dazu zwingen, so überlassen Sie dem Reich die Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Dann wird die Bergarbeiterschaft freit aufatmen, weil sie die Sicherheit hat, daß sie einwirken kann auf die Ausführung des Gesetzes durch den Stimmzettel bei der Reichstagswahl. — Der Vorrede ist genug gesagt. Das Abgeordnetenhaus möge Farbe bekennen. Das Leben von mehr als einer halben Million Bergleuten steht auf dem Spiel. Wer Wind fät, wird Sturm ernten. Erfüllen Sie die Forderungen der Bergleute nicht, dann wird der Sturm losbrechen, den der christliche Arbeitersekretär ankündigte. (Unruhe rechts; Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Der geehrte Herr Vorredner hat wohl die Aufgabe des Plenums und der Kommission verwechselt. Seine Anregungen waren gewiß beachtenswert und werden uns in der Kommission zu beschäftigen haben. Hier handelt es sich nur um die allgemeinen Gesichtspunkte. Wenn der Herr Vorredner von der angeblichen Abhängigkeit der Aufsichtsberechtigten von den Grubenbesitzern gesprochen hat, so liegt das wohl daran, daß er keine rechte Vorstellung hat von der Gewissenhaftigkeit und Treue des preussischen und deutschen Beamten. Eine solche Verächtlichung des Beamtenstandes ist nur von sozialdemokratischer Seite möglich. (Bravo! bei den Soz.) Wir stehen der Vorlage im allgemeinen freundlich gegenüber. Gewisse Bedenken werden in der Kommission erregt werden. Eine unerhörte Verächtlichung des Hauses ist es auch, wenn Herr Leinert behauptet, wir wollten keinen wirksamen Schutz der Bergleute, weil es Sozialdemokraten wären. Es genügt eine solche Behauptung niedriger zu hängen. (Sehr gut! bei den Natl.) Arbeitgeber und Arbeiter haben ein gemeinsames Interesse an der Sicherheit in den Gruben. Schon als gute Geschäftsleute sind die Grubenbesitzer gezwungen, alles Mögliche zur Sicherung der Gruben zu tun. Also dieser ewige Hinweis auf den Kapitalismus der Grubenbesitzer ist ganz unnötig und beweist ein niedriges Niveau des wirtschaftlichen Verständnisses. (Bravo! bei den Natl.) Karl Marx hat niemals gesagt, daß die großen Unternehmungen nicht kapitalistisch betrieben werden müßten, sondern hat nur das Eigentum an diesem Kapital in anderer Weise regulieren wollen. Er hat auch niemals im wirtschaftlichen Leben die Begriffe Recht und Unrecht angewendet. Herr Leinert sollte solche Redewendungen, die bei der Agitation draußen vielleicht wirksam sind, doch wenigstens hier im Hause gegenüber Reuten, die die wirtschaftlichen Verhältnisse kennen, unterlassen. (Bravo! bei den Natl.) Dem Herrn Minister muß ich den Vorwurf machen, daß das Material, welches er in Bezug auf die Arbeiterkontrollen uns vorgelegt hat, bereits 10 Jahre alt ist. Es hätten die Erfahrungen beigelegt werden müssen, die inzwischen gemacht worden sind. Das englische System hat wenig geschadet, aber auch wenig genutzt. Die Unglücksfälle sind am meisten zurückgegangen in den nicht-beaufsichtigten Betrieben. Das kann freilich auch daran liegen, daß die Kontrollen gerade in den gefährlichsten Betrieben tätig sind. Jedenfalls hat auch Herr aus zugegeben, daß die englischen Arbeiterkontrollen keinen nachweisbaren Einfluß auf die Verminderung der Unfälle ausgeübt haben. Das französische Gesetz hat den großen Fehler, auch ehemalige Arbeiter zu Kontrollen auszuheben. Die Folge ist gewesen, daß sich eine Reihe von gewerkschaftlichen Agitatoren unter den Kontrollen herausgebildet hat. (Hört, hört! rechts.) Auch sind die Bezirke dort zu groß. Demgegenüber scheint uns die Vorlage den richtigen Weg zu geben. Auch die Bestimmungen über das Wahlrecht und die Unabhängigkeit der Kontrollen erscheinen uns richtig. Herrn Leinert gegenüber betone ich, daß in Westfalen kein einziger Arbeiter, der einem Arbeiterauschuss angehört hat, gekündigt worden ist. (Hört, hört! b. d. Natl.) Daß die Sozialdemokratie aber die Arbeiterauschüsse als ein Kampfmittel für sich betrachtet hat, beweisen Aufrufe des alten Bergarbeiterverbandes. Es heißt da, z. B.: „Organisiert und agitiert nach Kräften, damit unser Verband als Sieger aus den Wahlen hervorgeht.“ Wir müssen trotz aller Hindernisse diese Einrichtung sozial als möglich zum Besten der Kameraden ausnützen. Das beweist, daß die Sozialdemokratie mit vollem Bewußtsein darauf ausgegangen ist, gerade ihre Leute in die Arbeiterauschüsse hineinzubringen. Und so würde es auch bei den Wahlen der Arbeiterkontrollen sein. Der Sicherheitsmann sollte auch die Verpflichtung erhalten, Uebertretungen der berg-

polizeilichen Vorschriften seitens der Arbeiter zur Anzeige zu bringen. Wir wollen keine Demunzianten großziehen, aber das Verantwortlichkeitsgefühl auch bei den Arbeitern stärken. Eine reichsgesetzliche Regelung der Frage lehnen wir ab, weil die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen im Bergbau ganz verschiedene sind und weil auch die Landesgesetzgebung sich ein Teil Sozialpolitik erhalten will. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Dr. v. Wogn (Hr.): Wir begreifen es, daß die Regierung sich nicht dazu hat zwingen lassen, im Bundesrat für ein Reichsberggesetz einzutreten. Wir sind mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden. Uns liegt daran, zu verhindern, daß unsere Steigerkraft sich in die sozialdemokratischen Organisationen drängen läßt. Die Vorlage bedeutet einen schweren Schnitt in unsere ganze wirtschaftliche Ordnung. Es werden hier zum ersten Mal die Untergebenen dazu berufen, die Vorgesetzten mitzufunktionieren. Angesichts dieser Tatsache hat die Regierung auch alle Veranlassung, wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, um den unabsehbaren Folgen eines großen Massenstreiks im Kohlenrevier vorzubeugen. Das wäre möglich durch die Schaffung großer Kohlenverwahrer. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. C. Rüger (Hr. Sp.): Die Reform ist etwas spät gekommen, zumal das Material dazu schon seit Jahren vorlag. Die psychologische Wirkung der Novelle, von der der Minister sprach, wird abgeschwächt werden durch eine Reihe von Bestimmungen, die Mißtrauen gegen die Arbeiter bedeuten. Und vollends die letzte Anregung des Herrn Vorredners wird Wasser auf die Mühle der Schürfmacher von der Linken sein. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Wir bedauern, daß auch hier nicht volle Arbeit mit einer gründlichen Revision des Berggesetzes gemacht wird. Eine ewigwährende Stellung zu der Vorlage können wir heute noch nicht einnehmen. Wir ziehen zunächst eine reichsgesetzliche Regelung der Materie vor. Wenn wir uns bei der Vorname gewisser Veränderungen schließlich für die Vorlage erklären, so geben wir diese Forderung unter keinen Umständen auf. Ein ganzer Teil der Bestimmungen für das Bergrecht steht schon jetzt in der Gremberordnung. Herr Leinert hat gewiß mit manchem Teil seiner Ausführungen der glücklichen Verabschiedung der Vorlage seinen guten Dienst erwiesen. Aber es ist zuzugeden, daß diese Novelle ihre psychologische Wirkung nur ausüben wird, wenn wir die Wünsche der Arbeiter erfüllen. Bedauerlich ist, daß die Regierung es abgelehnt hat, den Bergarbeiterkongress in Berlin zu beistehen. Nach dem Urteil der „Sozialen Praxis“ kann bei diesem Kongress nicht von sozialdemokratischer Rede gesprochen werden. Die Verhandlungen waren durchaus ruhig und sachlich. Ich erinnere auch daran, daß am zweiten Tage die Verhandlungen eine Stunde später begannen, um den katholischen Delegierten die Möglichkeit zu geben, am Morgen des ersten Tages zur Kirche zu gehen. (Hört, hört!) Wenn auch nur 20 oder 10 Prozent der dort gegen die Bergbesitzer ausgesprochenen Äußerungen auf Lausachen beruhen, ist Abhilfe dringend notwendig. Es wird Aufgabe der Bergverwaltung sein, die in dem Bericht enthaltenen Vorwürfe nachzuprüfen und eventuell in einer Gegende schrift zu bekräftigen. (Sehr richtig! links.) Wenn wir die schweren Eingriffe in das wirtschaftliche Leben, wie sie die Vorlage enthält, nicht prinzipiell ablehnen, so liegt das an den besonderen Verhältnissen des Bergbaus. Es handelt sich hier um das Leben und die Gesundheit von Hunderttausenden von Arbeitern und um die unendlich vielen Gewerbebetriebe, die mit dem Kohlenbergbau im Zusammenhang stehen. Dazu kommt die Zunahme der Konzentration des Kapitals gerade im Kohlenbergbau und die Notwendigkeit, gerade hier Streiks mit ihren verheerenden wirtschaftlichen Folgen zu verhindern. Die Bestimmung, daß die Grubenkontrollen nur in Begleitung eines Beamten einfahren dürfen, ist außerordentlich kleinlich und kann nur das Mißtrauen der Arbeiter erregen. Unbegreiflich ist es mir, weshalb die Regierung ihr Material, das seit 10 Jahren liegt, nicht längst bekannt gemacht und zur Ausarbeitung einer Vorlage benutzt hat. Wünschenswert wäre es, wenn in diesem Gesetz auch die Frage der schwarzen Listen geregelt würde. (Bravo! b. d. Freis.)

Handelsminister Dr. Delbrück: Die Eingebung der Frage der schwarzen Listen in den Rahmen dieses Gesetzes würde sein Zustandekommen sehr erschweren. Die Organisation der Bergbesitzer ist außerordentlich schwierig. Sollte Herr C. Rüger sie fertig bekommen, so würde ich ihm gern meinen Platz als dem Würdigeren und Geschickteren einräumen. (Stift.) Das Material der Regierung ist seinerzeit veröffentlicht worden. Die Gründe, warum es sich nicht früher zu einer Novelle verwickelt hat, habe ich vorher ausgeführt. Uebrigens ist uns gesagt worden, daß die Dinge in England noch heute so liegen wie damals. Herrn Leinert gegenüber betone ich, daß auch die Konferenz, von der ich sprach, alles mit großer Ruhe und Sachlichkeit von allen Beteiligten diskutiert worden ist. Wenn ich wieder den Wünschen der Arbeiter nach der Grubenbesitzer gefolgt bin, so liegt das an der Stellung des preussischen Beamten und der preussischen Regierung. Wir sind unabhängig von niemand — (Weiterheit und Sehr wahr! b. d. Soz.) — abhängig von niemand, sondern nehmen lediglich auf die Interessen der Gesamtheit Rücksicht. Das ist unser Stolz. (Bravo! rechts.) Wenn wir die Grubenkontrollen so vorschlagen, wie die Vorlage es vorschlägt, so wollen wir dabei die Mängel ausmerzen, die sich zweifellos bei der Organisation in anderen Ländern ergeben haben. Die Begleitung des Sicherheitsmannes durch einen Beamten hat den Zweck, daß der Sicherheitsmann auf Fragen, die er stellt, eine Antwort erhält, daß er aufgeklärt wird über das eigentliche Ziel des Sicherheitsbirettes. Ob die Sicherheitsleute etwas freier oder weniger frei gestellt werden, ist Nebensache. Die Hauptsache ist, daß der gute Wille auf beiden Seiten zur Verständigung vorhanden ist. Herr Leinert hat dann die Behauptung wiederholt, daß die Gesundheits- und Unfallverhältnisse in unserem Bergbau sich dauernd verschlechtert hätten. Diese Sache ist Gegenstand unserer dauernden Aufmerksamkeit gewesen. Auf meine Veranlassung bin ich die Knappschichtsdörfer, Knappschichtsdörfer und sonstige Sachverständigen über diese Frage gehört worden. Die Ergebnisse sind zum Abschluß gekommen und haben ergeben, daß, wenn man die Riffen richtig liest, tatsächlich eine Vergrößerung der Unfallziffer und vor allem eine Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse eigentlich nicht zu verzeichnen ist. (Hört, hört!) Mein Kommissar wird darüber noch einige nähere Angaben machen.

Gescheitrat Reu b.: Bei einer Vergleichung der früheren Verhältnisse mit den jetzigen, die auf Grund genauer Berechnungen gewonnen sind, muß man sehr vorsichtig sein. Wenn die betragten Knappschichtsdörfer einstimmig zu der Überzeugung gekommen sind, daß die Zunahme der Krankheitsfälle und Unfälle keine Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse im Bergbau bedeute, so hat sie dabei die Ermüdung geleidet, daß früher gar nicht beachtete Krankheiten heute beachtet werden; ferner, daß für die Erhöhung der Krankheitsziffer die Vermehrung der Unfälle, speziell der Unfälle mit unbedeutenden Folgen, in Betracht kommt. Ferner ist eine große Anzahl ausländischer Arbeiter in den letzten Jahren herangezogen worden, die häufiger Betriebsunfälle erleiden und auch in die ganze Lebensweise im Bergbau nicht gewöhnt sind, so daß sie sich leichter überarbeiten. Endlich kommt auch die nicht unerhebliche Erhöhung des Krankheitsgeldes in Betracht. Diefelben Ursachen haben zur Verlagerung der Krankheitsdauer geführt. Die Zunahme der Invaliden im Bezirk Bochum ist daraus zu erklären, daß seit 1899 die Halbinvalidität aufgehoben und alle früheren Halbinvaliden als Ganzinvaliden erklärt worden sind. Uebrigens nehme ich an, daß das ganze Material der Knappschichtsdörfer in geeigneter Weise veröffentlicht werden wird.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. (Außer dem Berg et al.)

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 97. Uns scheint ein Versehen gegen § 33 der Reichsgewerbeordnung vorzuliegen. Ein solches Versehen verjährt in drei Jahren.

Einbagen. Wichtig ist wohl „im grünen Tag“. Wie steht's denn in der Partitur?

Klub F. Schildke. Sie brauchen nichts anzumelden.

Monatspreis
für Bielefeld und Umgegend,
wie bei sämtlichen Agenturen
ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich.
Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich erhalt
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonntage
Feiertage täglich nachmittags

Fernsprech-Anschluß Nr. 35

Nr. 42.

Der Parteitag
und rechtzeitig den Entwurf
auch die Anträge 13, 14
Die Kommission
gehenden Beratungen vor

§ 1. Zur Partei gehören
zu den Gründungsmitgliedern
der Parteiorganisation ist

§ 2. Die Grundlage des
tagewahlweise der Sozial-
Baukreis wohnende Partei-
hat. Umfaßt ein Ort mehr
Zugehörigkeit zu den ein-
geteilt werden. Erstere
mehrere Orte, so kann an
demokratischen Vereins ge-

§ 3. Die Sozialdemo-
kratischen Verbände, sowie zu
die selbständige Führung
tuten obliegt; diese dem
dürfen mit dem Organ
Widerpruch stehen. Die
dem Parteivorstand mit-

§ 4. Organisationen,
müssen diesen eine Vertretung
weiblichen Vorstandsmit-
dem Gesamtvorstand vor-

§ 5. Die Festlegung der
bedarfen und Landesorga-
nisationen. Mindestbeitrag
30 Pfg. und für weibliche
Mitglieder 15 Pfg. Minde-

§ 6. Das Geschäftsver-
brot 1. Juli bis 30. Juni
kratischen Vereine haben
Vorstand Bericht zu erstel-
Parteivorstand zu verfen
mindestens enthalten An-
satzten Agitation, die
Parteimitglieder, die
Parteibeiträge, die
der Verwendung der dem
Den gleichen alljährlich
und die Verwendung der
Landesorganisationen zu

§ 7. Der Parteitag
Zur Teilnahme an ihm
1. Die Delegierten der
wahlfreien. Die
Makgabe, daß in
Delegierter, bis 300
bis 18 000 fünf und
sind. Die Vertreter
vorstand auf Grund
festgestellten Mitglie-
wählen sind, soll un-
möglich sein.

2. Die Mitglieder der
3. Die Mitglieder der
kommission

4. Die vom Parteivor-
stand. Die Mitglieder der
parlamentarische und di-
allen die geschäftliche Ver-
nur beratende Stimme.
die vom Parteivorstand
institutionen.

§ 8. Der Parteitag
nehmer, wählt seine Lei-
nung selbst.

Zur Eingetragten der
lute Mehrheit der Anwo-
§ 9. Mündlich im
Parteivorstand einzubere-
hat der vorhergehende
der nächste Parteitag
Parteitages nicht tagen, in
der Kontrollkommission

§ 10. Die Einberufung
Wochen vor dem Termin
Zentralorgan der Partei
ordnung erfolgen. Die
tages ist mindestens drei
zu wiederholen.

Anträge der Partei-
Parteitages sind bei der